

Märzrevolution

- Die badische Revolution
- Die Frankfurter Nationalversammlung
- Der pfälzische Aufstand
- Frauen in der Revolution
- Die Revolutionen in Europa

Die badische Revolution

Inhaltsverzeichnis

1. Friedrich Hecker: Freiheitskämpfer und Mythos

1. Friedrich Hecker: Freiheitskämpfer und Mythos

Fast wie ein Räuberhauptmann muss Friedrich Hecker im April 1848 ausgesehen haben. In blauer Bluse, Stulpenstiefeln und einem breitrempigen Hut führt er seine Anhänger von Konstanz Richtung Karlsruhe. Ein seltsamer Aufzug für einen Anwalt und Parlamentarier...

Ziel des sogenannten Heckerzugs ist es, in Konstanz mit dem Sturz des Großherzogs die Revolution in Baden auszulösen. Ist das erstmal geschafft, denkt Hecker, dann werden auch die restlichen deutschen Länder bald folgen. Circa 800 Menschen schließen sich seinem Zug an, die meisten bewaffnet und zur Revolution bereit. Doch der Heckerzug wird nie in Karlsruhe ankommen. Wenige Tage nach ihrem Aufbruch wird die Freischar von Truppen des Deutschen Bundes beim Scheideckpass geschlagen. Hecker flieht nach Basel, von dort nach Straßburg und letztlich in die USA. Dort, wo die Revolution bereits siegreich war, hofft er auf einen Neuanfang. Doch wie kam es überhaupt dazu, dass ein Jurist und langjähriger Parlamentarier wie Hecker zu den Waffen griff?

Frühe Jahre

Friedrich Karl Franz Hecker wird am 28. September 1811 in Eichtersheim im Großherzogtum Baden geboren. Nach Abschluss des neuhumanistischen Gymnasiums zieht es Hecker 1830 nach Heidelberg. Dort studiert er mehrere Jahre Rechtswissenschaften. Viele der dort lehrenden Wissenschaftler waren aufgeklärt und liberal. Sie dürften den jungen Juristen ebenso in seiner Abneigung der politischen Zustände bestärkt haben wie seine Teilnahme an der studentischen Progressbewegung. Vermutlich nahm Hecker 1832 auch am Hambacher Fest teil.

Nach dem Jurastudium lässt er sich als freier Anwalt in Mannheim nieder. Dort verteidigte Hecker die Rechtsansprüche armer Bauern gegen adlige Grundbesitzer. Außerdem macht er in Mannheim gleich zwei wichtige Bekanntschaften: Gustav Struve wird ihn später vielen frühsozialistischen und radikaldemokratischen Oppositionellen vorstellen und während der Revolution begleiten. Adam von Itzstein führt ihn in die liberale Oppositionspolitik ein.

Politische Karriere

1842 fügt Friedrich Hecker seiner juristischen noch eine parlamentarische Tätigkeit zu. Er wird als Abgeordneter in die Zweite Badische Kammer gewählt. Diese gilt heute – insbesondere der von Itzstein initiierte Hallgartenkreis – als eine der Keimzellen der liberalen Frankfurter Nationalversammlung. Schnell wird Hecker auch überregional bekannt. Er hat ein großes politisches Talent, ist außerdem ein begeisterter Redner und drückt sich juristisch präzise aus. So wird er schnell zum Wortführer der Opposition, viele Forderungen der Liberalen stammen aus seiner Feder. Das einzige, was ihm fehlt: Kompromissbereitschaft. Sowohl mit Worten im Plenarsaal als auch mit dem Degen im Duell schlägt er zu, wenn er sich beleidigt fühlt. Und immer wieder macht Hecker von sich Reden, wenn er durch seine Herrschaftskritik und Reformforderungen auffällt. Einmal werden Itzstein und er während einer Reise deshalb aus Preußen ausgewiesen.

Radikalisierung im Vormärz

Zwar forderte Friedrich Hecker umfassendere Reformen als viele seiner Zeitgenossen. Doch stand er lange Zeit auf dem Boden des Rechts, um Revolution ging es ihm (noch) nicht. Das ändert sich in der unmittelbaren Zeit des Vormärz. 1847, nach 5 Jahren im Landtag, gibt Hecker sein Amt genervt auf. Sogar gemäßigte Liberale blockieren seine Reformversuche, von denen die unteren Bevölkerungsschichten profitieren sollen. Daher sieht er keinen Sinn in der Fortsetzung seiner parlamentarischen Arbeit.

Im Herbst 1847 beginnt seine außerparlamentarische politische Arbeit. Immer häufiger tritt er auf öffentlichen Veranstaltungen auf und fordert in Reden eine grundlegende Veränderung der Politik. So verfasst er gemeinsam mit Struve bei einer Versammlung in Offenburg die 13 „Forderungen des Volkes“. Erstmals wird hier ein allgemeiner Grundrechtekatalog, verbunden mit einem Nationalstaat, gefordert. Hecker gilt von nun an als potenzieller Hochverräter.

Hecker in der Revolution

Doch dann kommt sie: Die Revolution! Ausgehend von Frankreich geben die deutschen Fürsten im März 1848 nach und nach den Reformforderungen nach. Endlich haben die Liberalen der Zeit eine Chance. Schon am 5. März versammeln sich 51 Vertreter südwestdeutscher Staaten in Heidelberg, unter ihnen auch Hecker und Struve. Sie vereinbaren die Einberufung eines Vorparlaments mit dem Ziel, eine deutsche Nationalversammlung vorzubereiten. Tagungsort wird Frankfurt.

Hecker und Struve jedoch sind bald von der Arbeit des Vorparlaments enttäuscht. Es lehnt ihre Forderung, das Parlament zu einem dauerhaften, von den Monarchien unabhängigen politischen Akteur zu machen, ab. Für die Revolution, den entscheidenden Bruch mit den Fürsten, scheint man in Frankfurt nicht bereit zu sein. Und es kommt noch schlimmer: Weder Hecker noch Struve werden in den 50er-Ausschuss des Vorparlaments gewählt, der eine Nationalversammlung vorbereiten soll. Für Hecker ist damit die Causa Frankfurt abgeschlossen. Er macht sich auf nach Baden, um dort der Revolution Schwung zu verleihen.

Hecker weiß um seine Popularität im Südwesten. Noch einmal versucht er die Massen zu bewegen, als er in Konstanz von einem Balkon aus zu einem gemeinsamen Zug nach Karlsruhe aufruft. Doch trotz der günstigen Stimmung kann er die Massen nicht mobilisieren. Statt der erwarteten

Tausenden zieht nur eine kleine Gruppe von 50 Freiwilligen los. Aus den umliegenden Dörfern schließen sich zwar noch weitere Menschen an, doch bleibt die Schar mit circa 800 Leuten deutlich hinter Heckers Erwartungen zurück.

Das Scheitern des Heckerzugs und das Danach

Womit wir wieder beim Beginn des Artikels wären. Und gleichzeitig am Ende Friedrich Heckers Lebens in Deutschland. Wie viele der gescheiterten Revolutionäre flieht er in die USA, die Generation wird als „Forty-Eighters“ bekannt.

Dort wird er zu einem der einflussreichsten deutschen Einwanderer seiner Zeit: Er baut eine Farm auf, wirkt als Journalist in deutschsprachigen Zeitungen mit. Außerdem kämpft er als Offizier und Kommandeur einer eigenen Einheit im Amerikanischen Bürgerkrieg für die Union und gegen die Sklavenhalterei. Bald wird Hecker zu einem der wichtigsten deutschen Protagonisten der neuen Republikanischen Partei. Er macht Wahlkampf für Abraham Lincoln und tourt auf Vortragsreisen durch die USA. Dabei agitiert er, wie viele andere Liberale dieser Zeit, in schrillen Tönen gegen das Frauenwahlrecht. So viel Fortschritt war dann vielleicht doch zu viel. Und Deutschland?

1849 wäre Hecker fast noch einmal in die alte Heimat zurückgekehrt. Als es aussah, als könnte die Revolution sich doch durchsetzen, überquert er den Atlantik. Doch wenige Wochen später ist die Revolution niedergeschlagen, Hecker kehrt um. Erst 1873 reist er noch einmal durch Deutschland, kehrt aber bald in die USA zurück.

Mythos Hecker

Vergessen ist er in Deutschland allerdings nicht. Gerade in Baden entwickelt sich Friedrich Hecker zu einer Art Mythos. Er wird zu dem Symbol der Revolution und radikalen Demokratie. Gedacht wird ihm unter anderem im Heckerlied: „Wenn die Leute fragen, lebt der Hecker noch, / dann könnt ihr ihnen sagen, ja, er lebet noch, / Er hängt an keinem Baume und er hängt an keinem Strick, / er hängt an seinem Traume von der freien Republik.“

Besonders in Baden wird auch heute noch Heckers gedacht. Einige Schulen sind nach ihm benannt, Heckerhut und Heckerlied sind weiterhin ein Begriff. Der SPD-Kreisverband Konstanz verleiht seit 2005 sogar den Heckerhut an Persönlichkeiten, die sich um die soziale Demokratie verdient gemacht haben.

Und noch an anderer Stelle findet sich eine Erinnerung an Hecker. Der Struwwelpeter, eine weitere bunte Gestalt des 19. Jahrhunderts, trägt seit der 4. Ausgabe den sogenannten Heckerkragen. Seinen Autor, Heinrich Hoffmann, kannte Hecker aus Studienzeiten in Heidelberg.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> <https://www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de/revolution-1848>, zuletzt geprüft am 28.05.2025.

-> <https://www.landesarchiv-bw.de/de/aktuelles/nachrichten/75192>, zuletzt geprüft am 28.05.2025.

-> <https://www.demokratiegeschichten.de/friedrich-hecker-freiheitskaempfer-und-mythos/#comments>, zuletzt geprüft am 28.05.2025.

Sekundärliteratur

->

->

->

Die Frankfurter Nationalversammlung

Inhaltsverzeichnis

1. Die Regierung der Paulskirche: Reichsverweser Erzherzog Johann und die Provisorische Zentralgewalt 1848/49
2. Der "Reichsverfäuler": Erzherzog Johann
3. Revolution und Frankfurter Nationalversammlung 1848/1849
4. Bürger, Revolutionäre, Militärs: Die Reichsverfassungskampagne

1. Die Regierung der Paulskirche: Reichsverweser Erzherzog Johann und die Provisorische Zentralgewalt 1848/49

Am 29. Juni 1848 wählte die Frankfurter Nationalversammlung den Habsburger Erzherzog Johann von Österreich zum deutschen Reichsverweser und damit zum ersten demokratisch legitimierten Staatsoberhaupt Deutschlands. Im Zusammenspiel zwischen den Abgeordneten und Fraktionen der Paulskirche, dem Staatsoberhaupt und den neuen Reichsministern etablierte sich eine moderne parlamentarische Regierungspraxis, in der die Zusammensetzung der Exekutive und ihre Politik erstmals von der Mehrheitsbildung in der Volksvertretung abhängig waren.

Die am 18. Mai in der Frankfurter Paulskirche zusammengetretene Nationalversammlung hatte die zentrale Aufgabe, eine Verfassung für Deutschland zu erarbeiten. Zugleich sah sie sich dazu verpflichtet, die Revolution in rechtlich geregelte Bahnen zu lenken und nationale Interessen gegenüber dem Ausland wie den Einzelstaaten zu wahren. Dafür bedurfte es einer vorläufigen nationalen Staatsgewalt, über deren Einsetzung und Form in der Versammlung jedoch unterschiedliche Vorstellungen bestanden: Durfte die Nationalversammlung ohne die Zustimmung der Regierungen der Einzelstaaten überhaupt über die Staatsspitze bestimmen? Sollte ein Präsident, ein Statthalter oder ein Direktorium eingesetzt werden und sollte das Staatsoberhaupt selbst oder lediglich die Minister dem Parlament gegenüber verantwortlich sein? Erst nach einwöchigen hitzigen Debatten fand sich ein lagerübergreifender, mehrheitsfähiger Kompromiss, mit dem sich das Parlament auf den „Boden praktizierter Volkssouveränität“ (W. Siemann) stellte. Entscheidend war dafür die Intervention des Parlamentspräsidenten Heinrich von Gagern, der in einem „kühnen Griff“ vorschlug, die sogenannte Zentralgewalt selbst zu schaffen und Erzherzog Johann von Österreich bis zur Fertigstellung der Verfassung mit der Leitung der nationalen Exekutive zu betrauen – „nicht weil, sondern obgleich es ein Fürst sei“. Die Lösung verband den Souveränitätsanspruch der Volksvertretung mit einer Anerkennung des dynastischen Prinzips und

sicherte der neuen Exekutive eine breite parlamentarische Basis. Mit 450 zu 100 Stimmen beschloss die Nationalversammlung am 28. Juni das „Reichsgesetz über die Einführung einer provisorischen Zentralgewalt für Deutschland“ und wählte am folgenden Tag mit 436 von 548 Stimmen Erzherzog Johann zum Reichsverweser.

Erzherzog Johann von Österreich - Kaiserbruder und ‚Bürgerfürst‘

Der Erzherzog eignete sich nicht nur deshalb als Kompromisskandidat, weil er der Bruder des letzten deutschen Kaisers war, was – ebenso wie die mittelalterliche Bezeichnung „Reichsverweser“ – auf die Tradition des untergegangenen Heiligen Römischen Reiches verwies. Er war zudem als ein freisinniger ‚Bürgerfürst‘ bekannt: Verheiratet mit einer Postmeisterstochter führte der Habsburger ein hoffernes Leben in der Steiermark und galt ebenso als volksnaher und naturverbundener Förderer der Wissenschaften und Technik wie als Verfechter der deutschen Einheit und als Gegner der vormärzlichen Repressionspolitik Metternichs. Gebildet wurde die Provisorische Zentralgewalt aus dem Reichsverweser, einem Ministerpräsidenten und Reichsministern für das Äußere, Innere, die Finanzen, Justiz, den Handel und Krieg; den einzelnen Ressorts waren Unterstaatssekretäre zugeordnet. Bei der Besetzung spielten neben der persönlichen Eignung auch politische Aspekte eine wichtige Rolle, von der Einbindung verschiedener Fraktionen bis zu einem regionalen Proporz, der insbesondere ein Übergewicht preußischer oder österreichischer Amtsträger vermeiden sollte.

Die Provisorische Zentralgewalt - eine Regierung für Deutschland

Das Reichsgesetz stattete die Zentralgewalt mit umfangreichen Befugnissen aus: Sie sollte die vollziehende Gewalt in Fragen der allgemeinen Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands ausüben, die Oberleitung über das gesamte Militär und die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung übernehmen und – gemeinsam mit der Nationalversammlung – über Krieg und Frieden entscheiden. Darüber hinaus war ein umfassendes Interpellationsrecht der Abgeordneten festgeschrieben und ein eigenes Gesetz zur Ministerverantwortlichkeit angekündigt. Obwohl ein solches Gesetz nicht erlassen wurde, war weithin unumstritten, dass „das Ministerium [...] ohne Majorität der Nationalversammlung nicht Einen (!) Tag fortregieren kann“, wie es der spätere Justiz- und Außenminister Johann Gustav Heckscher bereits in der Debatte formuliert hatte. Auch wenn der Reichsverweser gegenüber der Nationalversammlung „unverantwortlich“ war, richteten sich die Reichskabinette unter Karl Fürst zu Leiningen, Anton von Schmerling und Heinrich von Gagern bis zum Mai 1849 nach den wechselnden Mehrheitsverhältnissen im Parlament. Über die Regierungsbildung entschied formell der Reichsverweser, in der Praxis bestimmte jedoch eine „Neunerkommission“ aus Abgeordneten als eine Art Koalitionsausschuss über deren Zusammensetzung. Erst als sich nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. ein Bürgerkrieg um die Reichsverfassung anzubahnen schien, setzte Erzherzog Johann ein konservatives Ministerium ein, das in der Nationalversammlung über keinerlei Mehrheit verfügte – und dennoch bis zum Dezember 1849 im Amt blieb. Bis zur Wiedereinsetzung der Bundesversammlung 1851 übernahm eine österreichisch-preußische Zentralkommission die Befugnisse der Zentralgewalt.

Die Ministerien, die ohne personelle Ausstattung und nachgeordnete Behörden größtenteils „aus dem Nichts“ (T. Stockinger) entstanden, konnten die hohen Ansprüche des Parlaments und der

Öffentlichkeit kaum einlösen: Außenpolitisch erkannten immerhin die USA und einige kleinere europäische Staaten die neuberufenen Gesandten der Zentralgewalt förmlich an, während innenpolitisch insbesondere die Königreiche auf ihrer Eigenständigkeit beharrten. Schon Zeitgenossen spotteten über die scheinbare Machtlosigkeit der Zentralgewalt und bezeichneten Erzherzog Johann etwa als „Reichsvermoderer“ oder „Johann Ohneland“. In der Geschichtswissenschaft ist diese Sichtweise mittlerweile aus mehreren Gründen relativiert worden: Erzherzog Johann war weder nach heutigem noch damaligem Verständnis ein Demokrat, hielt sich aber bis Mai 1849 pflichtbewusst an die demokratischen parlamentarischen Verfahrensweisen. Darüber hinaus ist an der Effizienz und dem Einfluss der Reichszentralgewalt kaum zu zweifeln, solange sie im Dienst für Ruhe und Ordnung agierte und etwa im September 1848 oder in der Reichsverfassungskampagne revolutionäre Aufstände bekämpfte. Auch der Einsatz für eine deutsche Flotte oder einzelne Gesetze, wie etwa eine nationale Wechselordnung, wirkten durchaus nach. Schließlich markierte schon die eigenmächtige Einsetzung der Zentralgewalt durch die Nationalversammlung einen parlamentarischen Aufbruch, der in Regierungsprogrammen, Koalitionsausschüssen, Vertrauensfragen und nicht zuletzt einem institutionalisierten Gesetzgebungsverfahren seinen sichtbaren Ausdruck fand. Dementsprechend wurden die wegweisenden „Grundrechte des deutschen Volkes“ und das demokratische „Reichswahlgesetz“ als eigene Reichsgesetze ausgefertigt und tragen die Unterschriften des Reichsverwesers und der gegenzeichnenden Minister.

<https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/paulskirche/regierung-955572>

2. Der "Reichsverfäuler": Erzherzog Johann

Als "Habsburgs grüner Rebell" wird Erzherzog Johann heute dargestellt. Die in ihn gesetzten großen Hoffnungen konnte er aber nicht ganz erfüllen.

"Deutsche! Eure in Frankfurt versammelten Vertreter haben mich zum deutschen Reichsverweser erwählt", beginnt Erzherzog Johann seine Proklamation vom 15. Juli 1848 nach der Übernahme der Provisorischen Zentralgewalt.

Johann, ein Bruder von Kaiser Franz II./I., hatte in den 1810er Jahren eine wichtige Rolle im Tiroler Freiheitskampf Andreas Hofers gegen Napoleon gespielt. Aufgrund seiner Teilnahme am Alpenbund, einer Tiroler Widerstandsbewegung, die der Kaiser und Metternich als inopportune Verschwörung betrachteten, war er jedoch von seinen politischen Ämtern zurückgetreten, was zu seiner volkstümlichen Popularität beitrug – etwa als "Habsburgs grüner Rebell" wird er in einer 1981 erschienenen Biografie präsentiert. Dabei wird gerne übersehen, dass er trotz aller Meinungsverschiedenheiten loyal zu seinem Bruder, dem Kaiser, stand. Nach 1813 hielt sich Johann zunächst aus dem politischen Leben weitgehend fern. Er wandte sich der Steiermark zu, wo er besondere Beliebtheit in der Bevölkerung erlangte. An dieser Popularisierung hatte seine Ehe mit der Postmeisterstochter Anna Plochl großen Anteil.

Während der Revolution 1848 wurde Johann nochmals politisch aktiv: Am 29. Mai wurde er von den Vertretern der deutschen Staaten in der Frankfurter Paulskirche zum Reichsverweser gewählt. Auch in Wien und Graz bemühte sich der Erzherzog, zwischen den Konfliktparteien schlichtend zu vermitteln: Er eröffnete in Wien am 22. Juli den Reichstag, das Parlament der revolutionären

Monarchie. Das Amt des Reichsverwesers, also des Vertreters des Monarchen, sollte er ausüben, bis die Nationalversammlung einen Kaiser als Staatsoberhaupt gewählt hätte – wozu es allerdings nicht kam. Erzherzog Johann konnte keinen echten Einfluss auf eine Umgestaltung Deutschlands nehmen, zu groß waren die Konflikte innerhalb des Bürgertums und zwischen den reaktionären und revolutionären Kräften. Aufgrund seiner politischen Ohnmacht wurde er deswegen als "Reichsverfäuler" verspottet. Er legte sein Amt im Dezember 1849 in Frankfurt nieder und ging zurück in die Steiermark, wo er 1850 Bürgermeister von Stainz wurde.

Erzherzog Johanns Optimismus und seine Hoffnungen auf Fortschritt sind in seiner Proklamation "An das deutsche Volk" erkennbar. Gleichzeitig war er jedoch ein Skeptiker, der sich aufgrund seines praktischen Scheiterns in idyllische Gegenwelten zurückzog. Jedenfalls steht der "Reichsverfäuler" Johann als deutliches Beispiel dafür, dass die habsburgische Dynastie nicht als geschlossener Block betrachtet werden kann: In der Persönlichkeit Johanns werden zahlreiche Widersprüche zwischen dynastischen Herrschaftsansprüchen und liberalem Gedankengut, zwischen Fortschrittsglaube und Pessimismus erkennbar.

<https://www.habsburger.net/de/kapitel/der-reichsverfäuler-erzherzog-johann>

3. Revolution und Frankfurter Nationalversammlung 1848/1849



Wirtschaftliche Krisen, Massenarmut und allgemeine politische Unzufriedenheit destabilisierten seit Beginn der 1840er-Jahre die soziale und politische Ordnung in zahlreichen europäischen Staaten

und mündeten 1848 schließlich in eine ganz Europa erfassende revolutionäre Welle. Auch in Deutschland wurden auf Versammlungen und Demonstrationen die Gewährung von Grund- und Freiheitsrechten und nationale Einheit gefordert. Unter dem Eindruck der revolutionären Dynamik gaben die restaurativen Kräfte schließlich ihren Widerstand auf und machten der von breiten Schichten getragenen Bewegung wesentliche Zugeständnisse: Die Zensur wurde aufgehoben, politische Aktivitäten zugelassen und reformbereite Regierungen ernannt. Auch der Einberufung einer Nationalversammlung, die die Errichtung eines deutschen Nationalstaats in die Wege leiten sollte, stimmten die Machthaber in den deutschen Einzelstaaten zu.

Deutsche Nationalversammlung in Frankfurt am Main

Ende März 1848 entschied das aus Landtagsabgeordneten und führenden Vertretern der liberalen und demokratischen Opposition zusammengesetzte Vorparlament, die Mitglieder der Deutsche Nationalversammlung nach einem allgemeinen und gleichen Mehrheitswahlrecht von volljährigen, „selbständigen“ Männern wählen zu lassen. Die Durchführung der Wahlen oblag den Einzelstaaten und wurde höchst unterschiedlich gehandhabt. Die gesetzliche Mitgliederzahl des Paulskirchenparlaments betrug 649 Abgeordnete; aufgrund von Wahlboykotten gab es aber nur 587 reguläre Parlamentarier. Einschließlich aller Stellvertreter bzw. nachrückenden Abgeordneten haben bis zur Auflösung des sogenannten Stuttgarter Rumpfparlaments am 18. Juni 1849 insgesamt 809 Abgeordnete an den Verhandlungen des ersten deutschen Nationalparlaments teilgenommen.

Am 18. Mai 1848 versammelten sich in der Frankfurter Paulskirche die Mitglieder des ersten gesamtdeutschen Parlaments, um über eine freiheitliche Verfassung und die Bildung eines deutschen Nationalstaats zu beraten. Zu ihrem ersten Präsidenten wählte die Nationalversammlung den angesehenen liberalen Politiker Heinrich von Gagern. Das Parlament gab sich eine Geschäftsordnung und setzte zur vorbereitenden Beratung Ausschüsse und Kommissionen ein. Unter diesen ragt insbesondere der Verfassungsausschuss hervor, der maßgeblich die später von der Paulskirche verabschiedete Verfassung konzipiert hat.



Fraktionsgründungen

Zur Vorbereitung der Arbeit in Plenum und Ausschüssen kamen Abgeordnete mit ähnlichen politischen Zielvorstellungen und Interessen in Klubs zusammen, um über die anstehenden Fragen zu beraten und das weitere Vorgehen abzustimmen. Diese nach den jeweiligen Tagungsorten benannten Klubs gelten als Vorformen parlamentarischer Fraktionen, die zwar noch nicht die Geschlossenheit und Verbindlichkeit späterer Parlamentsfraktionen aufwiesen, sich aber gleichwohl für die Organisation und Strukturierung der Debatten und Entscheidungen als unerlässlich erwiesen.

Die parlamentarischen Klubs der Paulskirche repräsentierten maßgebliche politische Strömungen der Zeit: Die monarchistische Rechte (Steinernes Haus, Café Milani) setzte sich für die Wahrung der Vorrechte der Einzelstaaten und der Monarchen ein. Die verschiedenen liberalen Gruppierungen des sogenannten rechten und linken Zentrums (Casino, Augsburger Hof, Landsberg, Pariser Hof, Württemberger Hof) befürworteten eine föderal strukturierte, konstitutionelle Monarchie mit einem Parlament und einem erblichen Kaiser als Staatsoberhaupt. Demgegenüber forderten die Fraktionen der demokratischen Linken (Deutscher Hof, Donnersberg, Nürnberger Hof, Westendhall) die Errichtung einer auf dem Prinzip der Volkssouveränität gründenden parlamentarisch-demokratischen Republik.

Grundrechte und Reichsverfassung

Zu den historisch herausragendsten Leistungen der Frankfurter Nationalversammlung gehört das am 21. Dezember 1848 verabschiedete „Reichsgesetz betreffend die Grundrechte des deutschen Volkes“. Zum ersten Mal erlangten damit Menschen- und Bürgerrechte Gesetzeskraft in Deutschland. Der auch die Weimarer Verfassung und das Grundgesetz maßgeblich beeinflussende Grundrechtskatalog enthielt als Kernelemente die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die Aufhebung aller Standesvorrechte, die Gewährleistung persönlicher und politischer Freiheitsrechte (wie Presse-, Meinungs-, Versammlungs-, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit etc.) sowie die Abschaffung der Todesstrafe.

Die am 27. März 1849 verabschiedete Reichsverfassung sollte einen föderalen deutschen Einheitsstaat konstituieren, dem mit Ausnahme des Kaisertums Österreich alle Staaten des Deutschen Bundes angehörten (kleindeutsche Lösung). Sie sah einen erblichen Kaiser als Staatsoberhaupt vor, der auch das Recht zur Einsetzung der Regierung hatte. Dem Reichstag, der sich aus einem Staatenhaus und einem demokratisch zu wählenden Volkshaus zusammensetzte, oblagen vor allem die Gesetzgebung, das Budgetrecht und die Kontrolle der Exekutive. Die zentrale Frage der Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament blieb allerdings offen und sollte später geregelt werden.

Scheitern der Revolution

Als im April 1849 der von der Nationalversammlung zum „Kaiser der Deutschen“ gewählte preußische König Friedrich Wilhelm IV. das ihm angetragene Amt unter Berufung auf seine im Gottesgnadentum begründete monarchische Legitimation ablehnte, waren die Bemühungen der Paulskirche um eine Verfassung und die Errichtung eines deutschen Nationalstaats praktisch gescheitert. Angesichts des Wiedererstarkens der monarchisch-restaurativen Kräfte in den deutschen Einzelstaaten resignierte das auch in der Bevölkerung schnell an Rückhalt verlierende

Parlament und löste sich Ende Mai selbst auf.

Auch das nach Stuttgart verlegte, vorwiegend aus linken Paulskirchenabgeordneten bestehende Rumpfparlament und die auch mit gewaltsamen Mitteln betriebene Kampagne zur Verteidigung der Reichsverfassung im südwestdeutschen Raum konnten die konterrevolutionäre Entwicklung nicht wirksam aufhalten. Mit der Auflösung des Stuttgarter Rumpfparlaments und der Eroberung der badischen Festung Rastatt im Sommer 1849 war auch der letzte revolutionäre Widerstand gebrochen und die mit großen Hoffnungen angetretene liberale und demokratische Einheits- und Freiheitsbewegung von 1848/49 endgültig gescheitert.

4. Bürger, Revolutionäre, Militärs: Die Reichsverfassungskampagne

1. Einleitung

Mit der endgültigen Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. (1840-1861) am 28.4.1849 begann die letzte Phase der Märzrevolution. Dabei ging es um eine Durchsetzung der Reichsverfassung „von unten“. Die von Mai bis Juli 1849 andauernden Kämpfe werden in der Forschungsliteratur in der Regel nur oberflächlich behandelt, obwohl ihnen eine entscheidende Bedeutung zukommt. Sie stellten den letzten Versuch dar, die in der Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche erarbeitete Verfassung doch noch zu retten. Dieser Kampf hatte keinen zentralen Ort, sondern fand regional in unterschiedlichen Konstellationen und mit unterschiedlichen Motivlagen statt. Diese regionale Beschränkung der Aufstände bot den preußischen Truppen die Chance, ausgehend von Sachsen Anfang Mai bis nach Baden im Juli 1849 die Aufstände sukzessive niederzuschlagen.

Für diese letzte Phase der Revolution hat sich der Begriff der „Reichsverfassungskampagne“ etabliert. Diesen prägte der aus Barmen (heute Stadt Wuppertal) stammende Friedrich Engels in einer Artikelserie von 1850. Darin charakterisierte er die „Reichsverfassungskampagne“ folgendermaßen:

Der Kampf in Dresden kam eben zum Ausbruch; in der Pfalz konnte er jeden Augenblick losbrechen. In Baden, in Württemberg, in Franken wurden Monsterversammlungen angesetzt, und man verhehlte kaum noch, daß man entschlossen sei, es auf Entscheidung durch die Waffen ankommen zu lassen. In ganz Süddeutschland waren die Truppen schwankend. Preußen war nicht minder aufgeregte. [...] Die Schwüre, mit der Frankfurter Versammlung zu stehen und zu fallen, Gut und Blut für die Reichsverfassung einzusetzen, füllten alle Zeitungen, ertönten in allen Klubsälen und Bierlokalen. Da eröffnete die preußische Regierung die Feindseligkeiten, indem sie einen großen Teil der Landwehr, namentlich in Westfalen und am Rhein, einberief. Die Einberufungsordre war mitten im Frieden ungesetzlich, und nicht nur die kleine, auch die größere Bourgeoisie erhob sich dagegen.^[1]

Engels zeichnete den Kampf um die Reichsverfassung auf diese Weise als Kampf gegen die Ungesetzlichkeit der Regierung. Im weiteren Verlauf seiner Artikelserie identifizierte er dann vor allem

das Kleinbürgertum und das Proletariat als die zentralen Trägerschichten dieser Endphase der Revolution.

Diese „Reichsverfassungskampagne“ steht im Folgenden im Fokus. Aufgrund des regionalen Charakters der Aufstände lassen sich aus der Analyse dieser letzten Phase der Märzrevolution auch Erkenntnisse über die Machtverhältnisse in den Regionen, über regionale Identitäten und Wahrnehmungen gewinnen. Dabei hat sich die Forschung überwiegend auf die Kernregionen dieser Aufstände, Sachsen, Baden und die bayerische Pfalz konzentriert. Die preußische Rheinprovinz kommt dagegen meistens nur am Rande vor.^[2]

Insofern soll im Folgenden beleuchtet werden, wie diese letzte Phase der Revolution im Rheinland verlief. Wer waren die zentralen Akteure? Was waren ihre Ziele? Warum konnten sie diese nicht durchsetzen? Diese Fragen werden hier anhand von Beispielen aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf, aber auch mit Seitenblicken auf den Regierungsbezirk Köln, beleuchtet.

2. Das Paulskirchenparlament, König Friedrich Wilhelm IV. und die Reichsverfassung

In der Deutschen Nationalversammlung waren neben dem Zuschnitt des zukünftigen Reiches vor allem die Staatsform und das Wahlrecht umstritten. Dabei gelang ein Kompromiss, indem Teile der Linken einem Erbkaisertum zustimmten und dafür die gemäßigt Liberalen das allgemeine Männerwahlrecht akzeptierten. Nach der erfolgreichen Abstimmung trat am 28.3.1849 die Reichsverfassung für das kleindeutsche Reich in Kraft.

An diesem Tag stimmte man auch darüber ab, wer das Erbkaisertum antreten sollte. Dabei sprach sich eine Mehrheit für den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. aus. Das Paulskirchenparlament entsandte daraufhin eine Delegation zum preußischen König nach Berlin, die ihm die Kaiserwürde antragen sollte. Die Delegation der Paulskirche wurde am 3.4.1849 von Friedrich Wilhelm IV. empfangen. Der König reagierte verhalten. Er bedankte sich zwar für das Angebot, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass es jetzt *an den Regierungen der einzelnen Staaten* liege, zu prüfen, ob die Reichsverfassung den Anforderungen genüge und ob die ihm zugedachten Rechte es ihm ermöglichen würden, mit starker Hand zu regieren.^[3]

Das lag auf der Linie, die er auch vorher immer vertreten hatte, denn er wollte die Kaiserkrone nicht aus den Händen der Nationalversammlung empfangen, sondern war höchstens bereit, sie aus den Händen legitimer Fürsten und Regierungen entgegenzunehmen. So hatte er bereits im Dezember 1848 an den Gesandten Christian Karl Josias Freiherrn von Bunsen (1791-1860) geschrieben, dass der Kaiserkrone der *Ludergeruch der Revolution von 1848* anhafte und er nicht bereit sei *[e]inen solchen imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken als legitimer König von Gottes Gnaden* anzunehmen.^[4]

In der preußischen Regierung war man sich allerdings nicht ganz so sicher, wie man mit dem Angebot umgehen sollte, denn es bedeute ja auch einen Machtzuwachs für Preußen. Daher taktierte man in verschiedene Richtungen und sandte widersprüchliche Signale. Zudem hatten bis zum 14.4.1849 bereits 28 einzelstaatliche Regierungen von insgesamt 39 die Reichsverfassung aner-

kannt. Langsam setzten sich die Hardliner in der preußischen Regierung durch. Am 27.4.1849 löste Friedrich Wilhelm IV. zunächst die zweite preußische Kammer auf, da sie die Legalität der Reichsverfassung anerkannt hatte. Einen Tag später gab die preußische Regierung bekannt, dass der König die Kaiserkrone endgültig ablehne.^[5] Gleichzeitig bot man denjenigen Staaten militärische Unterstützung an, die sich auch gegen die Reichsverfassung wandten.



Arbeiter vor dem Magistrat, Gemälde von Johann Peter Hasenclever, 1848/1849.
(Museum Schloss Burg an der Wupper Solingen)

Damit standen die Zeichen auf Sturm. Eine Konfrontation zwischen den gegenrevolutionären Gewalten und den Verteidigern der Reichsverfassung schien unvermeidbar. Dadurch geriet die Mehrheit der Paulskirchenversammlung in ein Dilemma. Die eher gemäßigten Abgeordneten, die auf eine legale Verständigung zwischen der Nationalversammlung und den regierenden Fürsten über die Verfassung gesetzt hatten, wussten nicht, wie sie mit der Situation umgehen sollten. Der Historiker Veit Valentin hat die entscheidende Frage, die viele Abgeordnete umtrieb, auf den Punkt gebracht: „[S]ollen und können sie das Bündnis mit der Revolution eingehen, dürfen sie ihr heiliges Recht mit den Mitteln der Gewalt durchfechten?“^[6]

Aus dem Zwiespalt zwischen Legalitätsdenken und Revolution konnte sich das Paulskirchenparlament nicht mehr befreien. Am 4.5.1849 verabschiedete eine hauchdünne Mehrheit noch einen Aufruf, in dem die Regierungen, gesetzgebenden Körperschaften und das deutsche Volk aufgefordert wurden, die Reichsverfassung anzuerkennen und in dem bereits ein Termin für die Wahlen und die konstituierende Sitzung des neuen Reichsparlaments genannt wurden.^[7] Dann zerfiel das Parlament, als immer mehr Abgeordnete der Mitte-Rechts-Gruppierungen aus der Paulskirche austraten und die Linken dadurch eine Mehrheit erhielten. Diese zogen als sogenanntes Rumpfparlament nach Stuttgart um, wo sie nach wenigen Wochen von der württembergischen Regierung gewaltsam vertrieben wurden. Doch wie sah die Situation im Rheinland aus?

3. Gegen die Ungesetzlichkeit der Regierung: Die Reaktion auf die preußische Ablehnung im Rheinland

Im Rheinland flammten nach der Ablehnung der Kaiserkrone viele lokale Proteste auf. Es gelang jedoch nicht, die Aufstände zu koordinieren und damit die preußische Regierung unter Druck zu setzen. Das wird deutlich, wenn wir uns einige herausragende Punkte der Reichsverfassungskampagne im Rheinland anschauen.

3.1 Der Rheinische Städtetag in Köln am 8.5.1849

Am 29.4.1849 berichtete der Kölner Oberregierungsrat Johann Baptist Birck (1804-1869), der Stellvertreter des Regierungspräsidenten, an den preußischen Innenminister Otto von Manteuffel (1805-1882), dass die Auflösung der zweiten preußischen Kammer bei den wohlhabenden Bürgern für großen Unmut gesorgt habe. Zudem hätten diese mit den Verfassungsbeschlüssen der Nationalversammlung sympathisiert und eine Übernahme der Kaiserwürde durch Friedrich Wilhelm IV. erwartet. Die wohlhabenden Bürger befürchteten nun eine Radikalisierung weiter Bevölkerungskreise und zahlreiche Unruhen.^[8]

Am Abend desselben Tages fand daher eine Sitzung des eher gemäßigten Kölner Bürgervereins statt, der dem preußischen Staatsministerium das Misstrauen aussprach. Dieses Votum sandte man an den Kölner Gemeinderat, damit sich dieser und die Gemeinderäte der anderen größeren Städte der Rheinprovinz den Beschlüssen anschließen konnten.^[9]

Der Gemeinderat und der Kölner Oberbürgermeister riefen daraufhin zu einer Versammlung der Gemeinderäte der Rheinprovinz für den 5.5.1849 auf, die eine Adresse an den König verabschieden sollte. Die preußische Regierung verbot diese Versammlung. Dieses Verbot konnte man jedoch geschickt umgehen: Die Einladung wurde offiziell zurückgenommen. Gleichzeitig luden elf Mitglieder des Stadtrates als Privatpersonen zu einer Versammlung auf den 8.5. ein.^[10]

Bei der Versammlung kamen ungefähr 400 Delegierte zusammen. Dabei wurden zum Teil recht weitgehende Beschlüsse gefasst, die sofort gedruckt und verteilt wurden. So bezeichnete man die Reichsverfassung vom 28.3. als endgültiges Gesetz und schlug sich im Konflikt zwischen der preußischen Regierung und der Nationalversammlung auf die Seite des Paulskirchenparlaments. Die Bevölkerung der Rheinlande wurde aufgefordert, in Kollektiverklärungen deutlich zu machen, dass man an der Reichsverfassung festhalten und den Anordnungen der Nationalversammlung Folge leisten wolle. Das Paulskirchenparlament sollte sich an die Spitze der Bewegung stellen und ihr Einheit und Stärke geben. Zudem sollten der Reichsverweser und seine Regierung die Reichstruppen zusammenziehen und auf die Verfassung vereidigen. In Bezug auf die preußische Regierung forderte man die Entlassung des Ministeriums von Ministerpräsident Friedrich Wilhelm Graf von Brandenburg (1792-1850) und Innenminister Manteuffel sowie Wahlen zu den Kammern auf der Basis des bisherigen allgemeinen Wahlrechts (also des Männerwahlrechts und unter Ausschluss derjenigen, die Armenunterstützung erhielten). Heftig wandte sich die Versammlung gegen die Einberufung der Landwehr. Dies gefährde den Frieden in der Rheinprovinz und müsse sofort zurückgenommen werden. Warnend schlossen die Gemeindevertreter, dass der Bestand Preußens gefährdet sei, wenn diese Beschlüsse missachtet würden.^[11]

Der Kölner Regierungspräsident Eduard von Moeller wies gegenüber Innenminister von Manteuffel darauf hin, dass viele Gemeinderäte mit den Beschlüssen nicht einverstanden seien. Es habe ihnen jedoch der Mut gefehlt, gegen die radikalen Forderungen zu stimmen. Lakonisch kommentierte er: *Die Konservativen sind wieder von den Demokraten ins Schlepptau genommen, wie es bei solchen Gelegenheiten in der Regel geht.*^[12] Dem letzten Satz der Erklärung, der eine Loslösung der Rheinprovinz von Preußen andeutete, hielt von Moeller entgegen, dass man diese Entwicklung nur durch eine genügende materielle Macht verhindern könne. Das hieß nichts anderes als das Militär einzusetzen. Dementsprechend veröffentlichte der Oberpräsident der Rheinprovinz, Franz Eichmann, eine Erklärung, die in den Zeitungen parallel zu den Beschlüssen der Gemeindevertreter veröf-

fentlicht wurde, und in der er betonte, dass man bei gewaltsamen Versuchen, die Rheinprovinz von Preußen zu lösen, von *Mitteln der Gewalt Gebrauch*^[13] machen werde. Aufgrund der starken militärischen Präsenz durch die Garnison in Köln blieb es dort auch in der Folge relativ ruhig, im Gegensatz zu Düsseldorf.



Die Frankfurter Paulskirche im Jahr 1848, Aquarell von Jean Nicolas Ventadour (1822-um 1880). (Historisches Museum Frankfurt)

3.2 Die Barrikadenkämpfe in Düsseldorf

Die Ereignisse in Düsseldorf entzündeten sich an einem Gerücht, wie überhaupt die Bedeutung des Gerüchts in der Revolution von 1848/49 nicht überschätzt werden kann. Dieses Gerücht besagte, dass von Düsseldorf nach Elberfeld (heute Stadt Wuppertal) abgesandte Truppen dort besiegt worden seien und man in Elberfeld die Republik ausgerufen habe. Daraufhin entstand der Plan, den im Düsseldorfer Gefängnis inhaftierten Ferdinand Lassalle^[14] zu befreien und das Regierungsgebäude sowie das Rathaus zu stürmen. Insbesondere der ehemalige Chef der Düsseldorfer Bürgerwehr, der Kaufmann Laurenz Cantador, spielte hierbei eine prominente Rolle.

Gegen Abend des 9.5.1849 versammelte sich eine große Volksmenge vor dem Rathaus, stimmte dort revolutionäre Lieder an und ließ die Republik hochleben. Einem preußischen Truppenkontingent gelang es zwar, die Protestierenden von dort zu vertreiben, diese zogen jedoch weiter durch die Straßen und versuchten, weitere Düsseldorfer zu aktivieren. Da preußische Truppen bereits nach Elberfeld und in die umliegenden Orte unterwegs waren, um dort für Ruhe zu sorgen, reichten die in Düsseldorf vorhandenen Soldaten nicht aus, um alle neuralgischen Punkte zu besetzen. Daher entschloss sich der ranghöchste preußische Beamte vor Ort, Regierungsrat Otto von Mirbach (1804-1867), zunächst die Soldaten zur Verteidigung des Regierungsgebäudes heranzuziehen. Dort wurden auch bereits Barrikaden von den Aufständischen errichtet. Als das Militär versuchte, eine Barrikade zu räumen, kam es zum Schusswechsel. Die sich daran anschließenden heftigen Kämpfe rund um das Regierungsgebäude dauerten bis morgens um 5 Uhr. Während dieser Zeit läuteten die Glocken Sturm, um weitere Kämpfer aus den umliegenden Orten herbeizurufen. Dies gelang nicht. Regierungsrat von Mirbach hielt in seinem Bericht vom 10.5.1849 über die Ereignisse fest, *dass der Aufruhr in der Stadt [...] vollständig unterdrückt*^[15] sei. Insgesamt waren fünf Soldaten verwundet und 16 Zivilisten getötet worden. Außerdem wurden zahlreiche Beteiligte verhaftet. Schaut man sich die Berufe der getöteten Aufständischen an, so erhält man einen Eindruck davon, welche Schichten bei den Kämpfen vor allem beteiligt waren: Neben fünf Tagelöhnern starben unter anderem ein Eisenbahnschaffner, ein Fuhrmann, ein Schuhmacher und ein Orgelbauer. Auch die künstlerischen Berufe waren vertreten. So starb neben einem Musiker auch der Maler Ludwig Milewsky

(1825-1849). Diese Auflistung passt gut zu dem Befund Friedrich Lengers, der die Bedeutung der Handwerker und des Kleinbürgertums für die demokratische Bewegung während der Märzrevolution in Düsseldorf herausgearbeitet hat^[16] Die Tagelöhner, die immer von Arbeitslosigkeit bedroht waren und zum Teil von städtischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen lebten, sieht er vor allem bei spontanen Aktionen aktiv werden.



Laurenz Cantador, Lithographie von Oswald Achenbach, undatiert. (Stadtmuseum Düsseldorf)

Entscheidend für den Sieg der preußischen Truppen war insbesondere die waffentechnische Überlegenheit, denn die Düsseldorfer Bürgerwehr war bereits im Zuge der Unruhen im November 1848 aufgelöst worden. Bei dieser Gelegenheit hatte man auch ihre Waffen beschlagnahmt.^[17]

Nach dem Sieg der preußischen Truppen wurde am 10.5.1849 der Belagerungszustand verhängt. Das bedeutete ein Versammlungsverbot für politische Vereine, die man unter anderem für den Aufbruch verantwortlich machte. Kneipen und Gasthäuser mussten um acht Uhr abends schließen. Die wichtigsten Zeitungen wie die Düsseldorfische Zeitung, das Düsseldorfische Journal oder die linke Neue Rheinische Zeitung durften nicht mehr verkauft werden. Außerdem war es verboten, gedruckte Bekanntmachungen ohne Genehmigung der Polizei zu verteilen. Als härteste und abschreckendste Maßnahme war die standrechtliche Erschießung erlaubt. Diese war für Personen vorgesehen, die bewaffneten Widerstand gegen gesetzliche Anordnungen leisteten oder deren Verhalten Gefahr für die preußischen Truppen bedeutete.^[18]

So gelang es der preußischen Regierung, die Unruhen in Düsseldorf schlagartig zu beenden. Die Düsseldorfische Zeitung hielt am 12.5.1849 fest: *Das Militär ist vollständig Herr der Stadt.*^[19] Der Belagerungszustand wurde erst am 16.8.1849 wieder aufgehoben.^[20] Der amerikanische Historiker Jonathan Sperber hat dieser Straßenschlacht in Düsseldorf für die Reichsverfassungskampagne im Rheinland entscheidende Bedeutung beigemessen. Die preußischen Truppen seien zahlenmäßig deutlich unterlegen gewesen, und eine Niederlage in diesen Kämpfen hätte sicherlich Auswirkungen auf die Umgegend gehabt.^[21] Diese Sicht ist durchaus plausibel, wenn man sich die Ereignisse in den umliegenden Städten wie zum Beispiel Krefeld anschaut.

3.3 Der Aufstand in Krefeld

Der Aufstand in Krefeld ist insofern charakteristisch für die Unruhen im Rheinland, als bei ihm die preußische Landwehr eine wichtige Rolle spielte. Diese militärische Organisation war 1813 gegründet worden. In ihr sollten nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht alle wehrfähigen Männer dienen, die zunächst zwei bis drei Jahre bei den Linientruppen im Einsatz gewesen waren und

anschließend zwei Jahre der Reserve angehört hatten. Das heißt die Landwehrmänner gingen zivilen Berufen nach und mussten nur regelmäßig an Übungen und Appellen teilnehmen, um für den Ernstfall gewappnet zu sein.^[22]

Als sich Anfang Mai 1849 die Aufstände der Reichsverfassungskampagne immer weiter ausdehnten und Preußen Staaten wie Sachsen militärische Unterstützung zukommen ließ, wurde auch die Landwehr mobilisiert.^[23] Dies förderte den Unmut in der Bevölkerung, denn durch die Einberufung mussten die Soldaten ihre Familien verlassen und erlitten wirtschaftliche Einbußen, da sie ihrem regulären Beruf zunächst nicht mehr nachgehen konnten. Das traf die Landwehrmänner besonders hart, denn die Landwehr rekrutierte sich vor allem aus den Unterschichten. In seiner Analyse der Landwehr am linken Niederrhein kommt Robert Sackett zu dem Schluss, dass dort vor allem Weber, Ackerer, Tagelöhner, Kleinhändler und Handwerker dienten, die sich einen Einkommensverlust nicht leisten konnten.^[24] Zudem drohte ihnen die wenig komfortable Aussicht, mit Waffengewalt gegen die Verteidiger der Reichsverfassung vorgehen zu müssen, obwohl sie die Reichsverfassung zum Großteil selbst für sinnvoll erachteten. Wie sich die Mobilmachung der Landwehr auswirkte, schilderte der Regierungspräsident von Aachen Friedrich Kühlwetter (1809-1882). Er schrieb an das Innenministerium, *daß die Einberufung der Landwehr die ‚Aufregung‘ selbst in die kleinen Landgemeinden hineingetragen hätte. Es gebe außerordentlich viele ‚Reklamationen‘, da fast alle Landwehrleute Frauen und Kinder hätten, die durch die Einberufung der Landwehr in wirtschaftliche Not gerieten.*^[25]

Es kam daher im Rheinland in vielen Orten zu Versammlungen der Landwehrmänner, die darüber debattierten, wie man auf die Mobilmachung reagieren sollte. Einige Versammlungen endeten ohne Ergebnis. In einigen Städten gelang es jedoch, eine Verbindung von Landwehrprotest und dem Protest gegen die Reichsverfassung herzustellen.

In Krefeld kam es nach der Einberufung zu mehreren Versammlungen der Landwehr.^[26] So verweigerten die Landwehrsoldaten auf einer Versammlung am 5.5.1849, der Einberufung Folge zu leisten. Stattdessen wollte man nur eine entsprechende Aufforderung der Nationalversammlung in Frankfurt akzeptieren. Der Vorschlag, die Waffen aus den Zeughäusern in Neuss und Geldern zu requirieren, fand keine Mehrheit. Am 7.5.1849 versammelte sich die Landwehr auf dem Appellplatz, verhöhnte und schlug die dort anwesenden Offiziere, bis diese die Flucht ergriffen. Am 8.5.1849 erklärten die Landwehrmänner dem Krefelder Oberbürgermeister, dass man nicht bereit sei, gegen Revolutionäre vorzugehen. Als die regulären preußischen Truppen am 10.5.1849 nach Düsseldorf abgezogen wurden, eskalierte die Situation. Unter Führung des Webermeisters Peter Grüter versuchte die Landwehr, die Kontrolle über die Stadt zu erlangen. Landrat Peter Leysner (1805-1880) beschrieb die Situation als dramatisch. Mehrere hundert Landwehrmänner würden die Waffen und Pferde der Krefelder Bürger beschlagnahmen und Geld von Krefeldern fordern. Die Bürgerwehr sei zu schwach, um die Stadt gegen die Landwehr zu verteidigen. Jetzt habe die Landwehr bereits Boten zu den umliegenden Gemeinden gesandt, um von dort Unterstützung anzufordern. Der Landrat hielt nur ein großes Truppenkontingent mit Geschütz für ausreichend, um die irreguläre Truppe zu besiegen.

Das erwies sich als nicht mehr notwendig, denn der Aufstand brach bereits am Abend des 11.5.1849 zusammen. Die Krefelder Stadtchronik schreibt diesen Erfolg dem Oberbürgermeister zu, der in dieser Situation besonnen verhandelt habe.^[27] Dieser isolierte Blick kann jedoch den

plötzlichen Zusammenbruch des Aufstands nur zum Teil erklären. Erst der Blick auf die anliegenden Städte und die Situation in Düsseldorf macht deutlich, wieso der Aufstand so schnell endete und wo aus Sicht der Landwehr das Problem lag. So hatten zunächst andere Landwehrsoldaten gemeinsam mit Demokraten die Zeughäuser unter anderem in Neuss gestürmt und die Waffen beschlagnahmt. [28] In der gesamten Gegend läutete man die Glocken und sandte Boten aus, um den Aufstand weiterzutragen. Am 10.5.1849 zogen mehrere tausend Aufständische in Richtung Düsseldorf. Auf dem Weg dorthin erfuhren sie vom dortigen Sieg der preußischen Truppen, die sich bereits auf dem Weg nach Neuss befanden und die Stadt am Morgen des 11.5.1849 auch einnahmen. Die Aufständischen kehrten daher wieder um. Am 11.5.1849 zogen auch 500-1000 Aufständische aus der Kemperer Gegend nach Viersen und Krefeld, um gemeinsam mit den revolutionären Krefelder Truppen weiter nach Düsseldorf zu ziehen. Als auch dort die Nachrichten vom Sieg der preußischen Truppen in Düsseldorf und Neuss und vom erfolglosen Zug nach Düsseldorf eintrafen, lösten sich die Truppen der Aufständischen auf und der Krefelder Oberbürgermeister konnte sein Amt wieder übernehmen.

Peter Kriedte hat in seiner sozialgeschichtlichen Studie über Krefeld im 19. Jahrhundert die soziale Zusammensetzung der Befürworter der Reichsverfassung in Krefeld genau analysiert und kommt zu einem interessanten Befund. 84,5 Prozent der Unterzeichner einer Eingabe an die Paulskirchenversammlung vom 1.5.1849, in der die Reichsverfassung unterstützt wurde, waren katholisch, nur 13 Prozent evangelisch. Dabei dominierten die Seidenweber und Handwerker. Das kontrastiert scharf mit seiner Auswertung der Mitglieder des Preußen-Vereins, der sich gegen demokratische und republikanische Tendenzen wandte. Dort waren 80,4 Prozent der Mitglieder evangelisch beziehungsweise mennonitisch und nur 18,5 Prozent katholisch und wesentlich mehr Verleger organisiert. [29]



Ludwig von Milewsky, Lithographie von W. Kersten, 1849. (Stadtmuseum Düsseldorf.
Foto: LVR-Zentrum für Medien und Bildung)

Hier drängt sich die Vermutung auf, dass die katholische Unter- bis Mittelschicht in Krefeld den Kampf um die Reichsverfassung unterstützte, wohingegen der protestantisch-mennonitischen Oberschicht diese Bewegung zu weit ging. Das bestätigt sich zum Beispiel auch bei dem mennonitischen Krefelder Paulskirchenabgeordneten und Reichsfinanzminister Hermann von Beckerath. Der Bankier hatte sein Ministeramt und sein Mandat am 4.5.1849 niedergelegt, als die Mehrheit des Paulskirchenparlaments zu allgemeinen Wahlen aufgerufen hatte. Da er von den Krefelder Aufständischen als Verräter gebrandmarkt wurde, konnte er zunächst nicht in seinen Heimatort zurückkehren. In einem Brief an seinen Bruder vom 17.5.1849 registrierte er erleichtert das Ende der *widerwärtigen Bewegung*. Daran schloss er seine Wünsche für die Zukunft an: *Möchte nun die Ruhe und Sicherheit dort baldigst ganz wiederhergestellt und unser Rheinland vor größerer Zerrüttung be-*

wahrt werden.^[30]

3.4 Die Vorgänge in Elberfeld

Am längsten hielt sich der Aufstand in Elberfeld.^[31] Der Protest wurde zunächst von breiten Schichten und insbesondere auch wieder von der Landwehr getragen und richtete sich vor allem gegen die Ablehnung der Reichsverfassung durch Friedrich Wilhelm IV. Als am 9.5.1849 preußische Truppen aus Düsseldorf eintrafen, um in Elberfeld für Ruhe und Ordnung zu sorgen, eskalierte die Situation. Es kam zu Straßenschlachten, wobei das Militär am Morgen des 10.5.1849 unverrichteter Dinge nach Düsseldorf zurückkehren musste, um zunächst die dortigen Truppen zu unterstützen. Daraufhin bildete sich in Elberfeld ein Sicherheitsausschuss aus Mitgliedern des Politischen Klubs und den Führern der Landwehr, der auch die Amtsgeschäfte der geflohenen Verwaltungsspitze in Elberfeld übernahm. Der Sicherheitsausschuss versuchte einerseits für Ruhe und Ordnung zu sorgen und andererseits die Aufständischen auf den bevorstehenden Kampf gegen die erwarteten preußischen Truppen vorzubereiten.

Mittlerweile strömten zahlreiche Freischärler und Revolutionäre wie Friedrich Engels nach Elberfeld, und die Entwicklung drohte zu entgleiten. Im Sicherheitsausschuss gingen die Meinungen über das weitere Vorgehen auseinander. Am 14.5.1849 wurde ein Aufruf zur Unterstützung der Kämpfer in Elberfeld verteilt, in dem der Sicherheitsausschuss deutlich machte, dass man vor allem für die Reichsverfassung kämpfe. Unter Bezugnahme auf die Mobilisierung der Landwehr hielt der Aufruf fest: *Es [Elberfeld, H.T.] hat nicht dulden wollen, daß seine Söhne im Dienste der undeutschen Bestrebungen der Regierung gegen ihre eigene Freiheit und gegen ihre eigenen Brüder kämpfen.*^[32]

Gleichzeitig sandte man eine Delegation von Elberfelder Honoratioren nach Berlin, um den König doch noch zur Annahme der Reichsverfassung zu bewegen. Von dort traf am 16.5.1849 ein Telegramm in Elberfeld ein, in dem behauptet wurde, dass es Preußen gelungen sei, *die deutschen Fragen unter wesentlicher Zugrundelegung der Frankfurter Verfassung zur vollständigen Einigung mit den bisher widerstrebenden Königreichen zu führen*^[33]. Das bezog sich offensichtlich auf die Verhandlungen Preußens mit Hannover und Sachsen, die am 26.5.1849 in das sogenannte Dreikönigsbündnis mündeten. Diese Nachricht nahm der Aufstandsbewegung den Schwung, zumal noch am selben Tag ein Ultimatum des preußischen Kriegs- und Innenministers in Elberfeld eintraf, in dem die Aufständischen aufgefordert wurden, *sich der rechtmäßigen Gewalt und dem Gesetze unbedingt zu unterwerfen*^[34]. Der Aufstand löste sich daraufhin auf, wobei ein Teil der Freischärler Richtung Pfalz weiterzog, um die dortigen Revolutionäre zu unterstützen.

Jetzt versuchte man, das Gemeindeleben wieder zu ordnen. Der Gemeinderat trat zusammen, wobei diejenigen Gemeinderatsmitglieder, die im Sicherheitsausschuss mitgewirkt hatten, zurücktraten. Die Stadt Elberfeld sandte eine Delegation mit einem Unterwerfungsbeschluss zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz und dem preußischen General Hermann von Hanneken (1810-1886). Am 19.5.1849 besetzten dann preußische Truppen die Stadt.

4. Fazit

Die Analyse der Reichsverfassungskampagne an den verschiedenen Orten der Rheinprovinz hat gezeigt, dass diese im Rheinland durchaus auch eine große Rolle gespielt hat und zu Unrecht von der

historischen Forschung vernachlässigt worden ist. Zudem lassen sich aus den Ereignissen einige Spezifika für das Rheinland herausarbeiten.

So ist vor allem die wichtige Rolle der Landwehr deutlich geworden. Das ist ein Punkt, den bereits Friedrich Engels aus seinen eigenen Erfahrungen heraus betont hatte. In der Landwehr waren überwiegend die Unterschichten vertreten, die sich einerseits gegen die wirtschaftlichen Einbußen durch die Einberufung wehrten und andererseits nicht bereit waren, gegen die Reichsverfassung zu Felde zu ziehen. Bei den Aufständen in Düsseldorf, Krefeld oder Elberfeld waren daher auch immer zahlreiche Landwehrmänner vertreten, die sich mit den regionalen Demokraten verbanden.

Darüber hinaus ist bisher unterschätzt worden, dass es gerade für diese Schicht auch um politische Partizipations- und Einflussmöglichkeiten ging, die durch das allgemeine Wahlrecht eingeräumt wurden. Als das Wahlrecht in der Paulskirche diskutiert wurde, ging zum Beispiel eine Petition mit der Unterschrift von 700 Unterstützern des allgemeinen Wahlrechts aus Elberfeld an die Nationalversammlung. Diese politischen Partizipationsmöglichkeiten waren durch das Scheitern der Reichsverfassung bedroht, was den politischen Protest auch befeuert haben dürfte.

Deutlich geworden ist auch, dass die Taktik der preußischen Regierung, sich zunächst auf die Verteidigung Düsseldorfs zu konzentrieren, aufgegangen war. Als man dort die Aufständischen niedergeworfen hatte, konnte man sich wieder auf die Niederschlagung der Aufstände in den anderen Orten konzentrieren. Das wurde durch das unkoordinierte Vorgehen der Landwehrmänner und Verteidiger der Reichsverfassung erleichtert. Die lokalen Ereignisse blieben in der Regel lokal und mit der Niederlage der Aufständischen in Düsseldorf fehlten den Revolutionären in den umliegenden Städten und Dörfern der Elan und die Zuversicht, um weiter für die Reichsverfassung zu kämpfen. Unter dieser Perspektive wird somit auch deutlich, dass die Barrikadenkämpfe in Düsseldorf ein zentrales Ereignis der Reichsverfassungskampagne darstellen und den Sieg der preußischen Truppen im Rheinland sicherstellten.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> <https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/paulskirche/regierung-955572>, zuletzt geprüft am 28.05.2025.

-> https://de.wikipedia.org/wiki/Reichsverweser#Reichsverweser_1848/49, zuletzt geprüft am 28.05.2025.

-> <https://www.habsburger.net/de/kapitel/der-reichsverfauler-erzherzog-johann>, zuletzt geprüft am 28.05.2025.

-> Revolution und Frankfurter Nationalversammlung 1848/1849, in: bundestag.de, online verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/parlamentarismus/1848>, zuletzt geprüft am 07.05.2026.

-> Türk, Henning, Bürger, Revolutionäre, Militärs: Die Reichsverfassungskampagne im Rheinland 1849, in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/buerger-revolutionaere-militaers-die-reichsverfassungskampagne-im-rheinland-1849/DE-2086/lido/668d1804d16999.69545537> (abgerufen am 26.07.2026)

Sekundärliteratur

->

->

->

Der pfälzische Aufstand

Inhaltsverzeichnis

1. 175 Jahre Pfälzer Aufstand: Freiheitskämpferin Mathilde Hitzfeld im Fokus
2. Vor 175 Jahren: Der Pfälzische Aufstand von 1849

1. 175 Jahre Pfälzer Aufstand: Freiheitskämpferin Mathilde Hitzfeld im Fokus (Artikel)

Speyer. Im Frühjahr 2024 jährt sich der Pfälzer Aufstand zum 175. Mal. Vor dem Hintergrund der Märzrevolution von 1848 hatten im Mai 1849 die Bürgerinnen und Bürger in der Pfalz für die Paulskirchenverfassung gestritten und für die Loslösung der Pfalz vom Königreich Bayern gekämpft.



demokratiegeschichte.eu

Am Mittwoch, 10. April 2024 steht um 19 Uhr im Foyer des Landesbibliothekszentrums / Pfälzische Landesbibliothek (LBZ) in Speyer das Gedenken an eine aktive Freiheitskämpferin in dieser Zeit

im Mittelpunkt: Die in Kirchheimbolanden geborene Mathilde Hitzfeld. Sie gehört auch zu den „Starken Frauen in 1000 Jahren Pfälzer Geschichte“, die in der aktuellen Ausstellung in der Pfälzischen Landesbibliothek porträtiert werden. Die Kuratorin der Ausstellung und Leiterin des Ludwigshafener Stadtmuseums, Dr. Regine Heilmann, wird in das aufregende Leben dieser faszinierenden Frau einführen. Die Veranstaltung findet in Zusammenarbeit mit der Hambach-Gesellschaft für historische Forschung und politische Bildung e.V. statt.

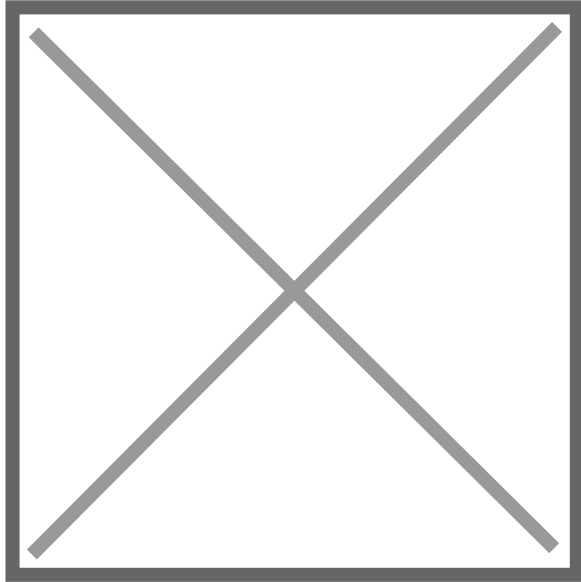
Anna Mathilde Hitzfeld wurde am 1. September 1826 in Kirchheimbolanden geboren und starb 1905 in den USA. Über ihren Vater, den Arzt Ludwig Hitzfeld, kam sie früh mit liberalem Gedankengut in Berührung und wurde Mitbegründerin des „Frauen-Comites“ in Kirchheimbolanden. Das Comté versorgte die Freiheitskämpfer während des Pfälzer Aufstands 1849 mit Kleider- und Nahrungsspenden. Auf Festen und Kundgebungen trat Mathilde Hitzfeld als feurige Rednerin auf. Am 14. Juni 1849 war sie aktiv an den Barrikadenkämpfen gegen die preußischen Truppen im Kirchheimbolander Schlossgarten beteiligt. Nach der Niederlage der Aufständischen des Hochverrats angeklagt, konnte sie nach einer Amnestie 1850 in die USA auswandern. Heute sind in Rheinland-Pfalz mehrere Schulen nach der Freiheitskämpferin benannt.

2. Vor 175 Jahren: Der Pfälzische Aufstand von 1849

Teil 1: Der Landesverteidigungsausschuss

Im Frühjahr 1848 brachen im gesamten mitteleuropäischen Raum beinahe zeitgleich politische Unruhen aus: Von Frankreich bis fast an das Schwarze Meer, den skandinavischen Ländern bis nach Palermo reichten die auflodernden Konflikte. Europa war im März 1848 im revolutionären Taumel. Doch im linksrheinischen Bayern, dem bayrischen Rheinkreis, blieb es zunächst verhältnismäßig ruhig.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die Bevölkerung unbeteiligt war. Im Gegenteil, die Pfalz nahm eine besondere Rolle ein, da dort bereits politische Verhältnisse herrschten, nach denen sich viele Bürger in anderen deutschen Ländern sehnten. Die Menschen verfolgten mit großem Interesse die Entwicklungen der Nationalversammlung in Frankfurt und beobachteten aufmerksam die Situation im Königreich Bayern.



Die Grundrechte des deutschen Volkes wurden auch im kleinen Hosentaschenformat (Höhe: 110 mm; Breite: 85 mm) verteilt, wie diese Ausgabe des IPGV, die 1849 in Frankfurt am Main gedruckt wurde. CC BY-NC-SA 4.0 IPGV, Sammlung Viktor Carl.

Reichsverfassung und Grundrechte des Deutschen Volkes

Die Hoffnungen im Frühjahr 1848 lagen in einem vereinten Deutschland, dessen Bürger durch eine Verfassung abgesicherte Freiheitsrechte genießen sollten. Diese Vision schien mit der Reichsverfassung vom 28. März 1849, die in der Frankfurter Paulskirche ausgehandelt wurde, zum Greifen nahe. Der Deutsche Bund sollte in einen konstitutionellen Bundesstaat übergehen, geführt von einem erblichen Kaiser, gewählt durch die Nationalversammlung.

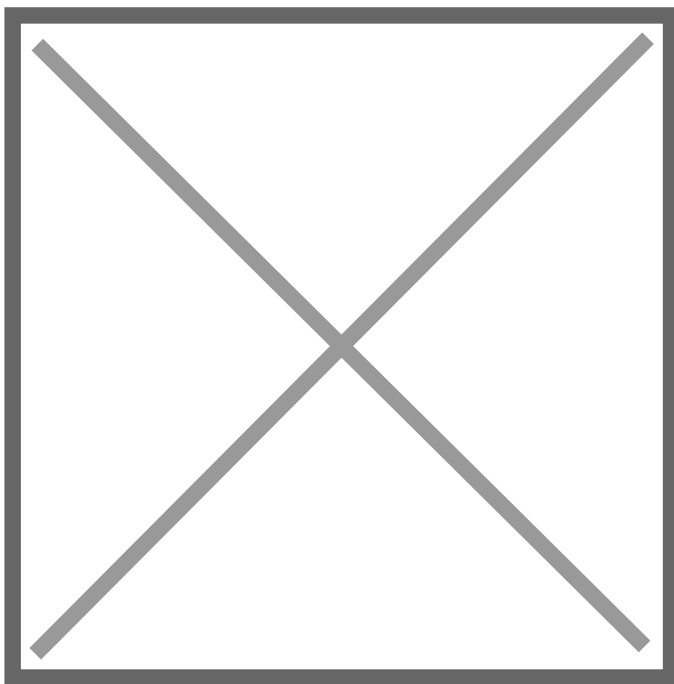
Ein zentraler Bestandteil dieser Verfassung waren die Grundrechte des deutschen Volkes, die bereits am 21. Dezember 1848 verkündet wurden. Diese Grundrechte hätten Deutschland zu einem der fortschrittlichsten Verfassungsstaaten der damaligen Zeit gemacht. Sie umfassten unter anderem die Unverletzlichkeit der Person, die Abschaffung der Todesstrafe (außer nach Kriegs- und Seerecht), Pressefreiheit, Glaubensfreiheit und die Freiheit der Wissenschaft und Lehre. Viele dieser Rechte waren wegweisend und wurden später in das Grundgesetz von 1949 übernommen. Die Paulskirchenverfassung legte somit den Grundstein für moderne demokratische Grundrechte in Deutschland.

Obwohl der Pfalz viele Freiheitsrechte gewährt worden waren, darunter ab März 1848 auch die Pressefreiheit für ganz Bayern, hatten diese Zugeständnisse keinen Verfassungsrang und konnten jederzeit entzogen werden. Eine Verankerung der Freiheitsrechte in der Verfassung hätte größere Rechtssicherheit geboten. Die Linke in Bayern, zu der im »Revolutionslandtag« von Dezember 1848 alle Abgeordneten der Pfalz gehörten, wollte die fortschrittlichen Gesetze der Pfalz auf ganz Bayern übertragen. Trotz ihrer Erfolge im bayrischen Landtag wäre die Annahme der Reichsverfassung der schnellere und sicherere Weg gewesen.

Ablehnung der Reichsverfassung

*Entsprechend schockiert reagierte man in der Pfalz, als sich die bayrische Regierung am 26. April 1849 förmlich weigerte, die Reichsverfassung anzuerkennen. Je nach politischem Lager variierte allerdings die Schärfe, mit der die Kritik der Ablehnung formuliert wurde: Die *Neue Speyerer Zeitung* des Abgeordneten der Nationalversammlung und des bayrischen Landtags, Georg Friedrich Kolb (1808–1884), hob das Beispiel Württemberg hervor, wo die Reichsverfassung von Regierung und Landtag ausgehend angenommen wurde und sich der württembergische König Wilhelm I. (1781–1864) der Entscheidung als einziger Monarch – wenn natürlich nur unwillig – beugte.*

*Während Kolb den parlamentarischen Weg favorisierte, war der in Kaiserslautern erscheinende *Bote für Stadt und Land* unter Nikolaus Schmitt (1806–1860) weitaus radikaler. Am 29. April 1849 rief diese Zeitung die Pfälzer auf, den König zu zwingen, die Verfassung anzuerkennen, und erwog sogar eine Abtrennung von Bayern, falls der König seine Meinung nicht ändern sollte. Schmitt betonte die Volkssouveränität und kritisierte den König scharf.*



Q1: Aufruf des geschäftsführenden Kreisausschusses der pfälzischen Volksvereine vom 27. April 1849. CC BY-NC-SA 4.0 IPGV, Sammlung Viktor Carl.

Der pfälzische Volksverein

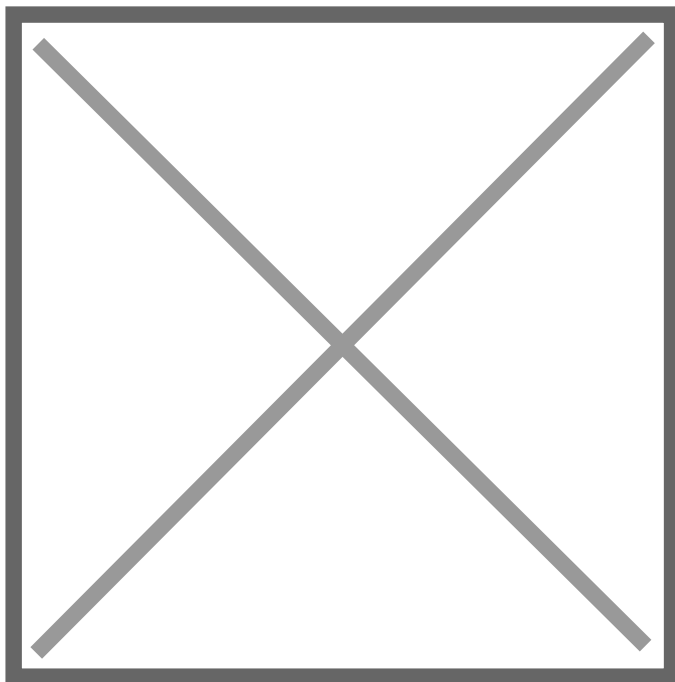
Eine Besonderheit der politischen Kultur in der Pfalz stellte der pfälzische Volksverein dar. Die Gründung einer zentralen Organisation in Kaiserslautern im Jahr 1848 schuf die Grundlage, um lokale Zweigvereine zu etablieren und ideologisch zu beeinflussen. Diese Struktur ermöglichte eine flexible, aber einheitliche politische Agitation, die sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1848 zeigte. Die politischen Strukturen des Volksvereins in den jeweiligen Kreisen hatten sich im Laufe des Jahres 1848 weiter ausdifferenziert, sodass neben den Volksvereinen weitere radikal-demokratische Vereinigungen gegründet wurden. Diese wirkten auf die lokalen Ableger des Volksvereins ein oder übernahmen diese einfach.*

Eine derartige Übernahme war in Kaiserslautern geschehen, aber auch in Frankenthal, dessen Vorstand im April 1849 turnusgemäß den geschäftsführenden Kreisausschuss leitete. Deswegen ging die Reaktion auf die bayrische Ablehnung der Reichsverfassung von Frankenthal aus: Der bayrische König und alle deutschen Fürsten würden »die heiligsten Gesetze der Nation mit Füßen [...] treten« (Q1) und damit Hochverrat begehen.

Die vorbereitende Versammlung am 1. Mai in Kaiserslautern

Daher wurde für den 1. Mai, einem Dienstag, nach Kaiserslautern eingeladen, um dort in einer vorbereitenden Versammlung zu beraten, welche Mittel das bayrische und besonders »das pfälzische Volk zu ergreifen [habe], um die Krone und ihr Ministerium zur sofortigen unbedingten Anerkennung der deutschen Reichsverfassung, und zur Unterwerfung unter die Reichsgewalt zu zwingen.« (Q1)

Während dieser Vorversammlung standen sich drei Positionen gegenüber: Eine zurückhaltendere Fraktion wollte nochmals an den König in München appellieren, die Reichsverfassung doch anzunehmen. Die Gegenseite, unter anderem vertreten durch Peter Fries (1820–1851) vom Frankenthaler Volksverein und Heinrich Loose (1812–1862) vom Volksverein aus Neustadt, wollten die sofortige Einsetzung einer provisorischen Regierung. Ein weiterer Vorschlag aus Kaiserslautern, wo sich am Vortag bereits dieselben Positionen gegenüberstanden hatten, sah die Gründung eines Landesverteidigungsausschusses (LVA) vor.*



Q2: Der Beschluss der vorbereitenden Versammlung wurde am 2. Mai der Volksversammlung auf Flugblättern wie vermutlich diesem aus dem Bestand des IPGV kundgetan. CC BY-NC-SA 4.0 IPGV, Sammlung Viktor Carl.

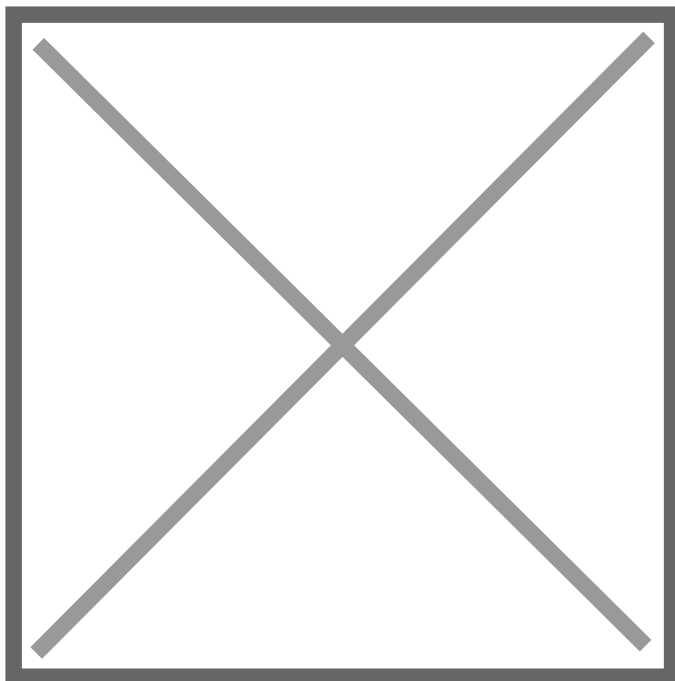
Nach einer hitzigen Debatte wurde der radikalere Vorschlag knapp abgelehnt und stattdessen ein Plan zur Gründung des LVA beschlossen, der der Volksversammlung am nächsten Tag vorgelegt werden sollte. Über Handzettel wurde verkündet, dass die bayrische Regierung als rebellisch

betrachtet werde, da sie die Reichsverfassung missachte. Daher sei die Pfalz zum Widerstand verpflichtet, bis Bayern sich den Reichsgesetzen unterwerfe. Der LVA sollte so lange tätig sein, »bis die gefährdende Lage des Vaterlandes vorüber ist.« (Q2)

Die Volksversammlung stimmt für den Landesverteidigungsausschuss

Die Volksversammlung am 2. Mai fand auf dem Platz vor der Stiftskirche in Kaiserslautern statt. Je nach Quelle wird die Teilnehmerzahl zwischen 5000 und 13 000 Personen angegeben. Um Manipulationen zu vermeiden, wurde durch das Heben beider Hände abgestimmt und die Stimmen von der Tribüne geschätzt. Bayrische Beamte berichteten empört, dass auch Frauen abstimmten.

Nach seiner Niederlage am Vortag erklärte Peter Fries aus Frankenthal, eine Spaltung vermeiden zu wollen und verzichtete darauf, seinen Antrag erneut vorzubringen. Er rief seine Anhänger auf, ihm zu folgen. Heinrich Loose aus Neustadt hielt sich jedoch nicht daran und forderte offen die Revolution, was von der Menge begeistert aufgenommen wurde: Die Pfalz solle sich sofort von Bayern loslösen und eine Revolutionsregierung einsetzen. Joseph Martin Reichard (1803–1872), Abgeordneter der Nationalversammlung für Kirchheimbolanden, setzte sich knapp durch und der LVA wurde beschlossen. Die unterlegene Seite verließ unter Protest die Versammlung, sang die Marseillaise und rief an einem anderen Platz in Kaiserslautern die Republik aus.



Q3: Mit solchen Flugblättern versuchte der Landesverteidigungsausschuss auf die bayrischen Soldaten einzuwirken, um sie im Falle einer Auseinandersetzung auf die eigene Seite ziehen zu können. CC BY-NC-SA 4.0 IPGV, Sammlung Viktor Carl.

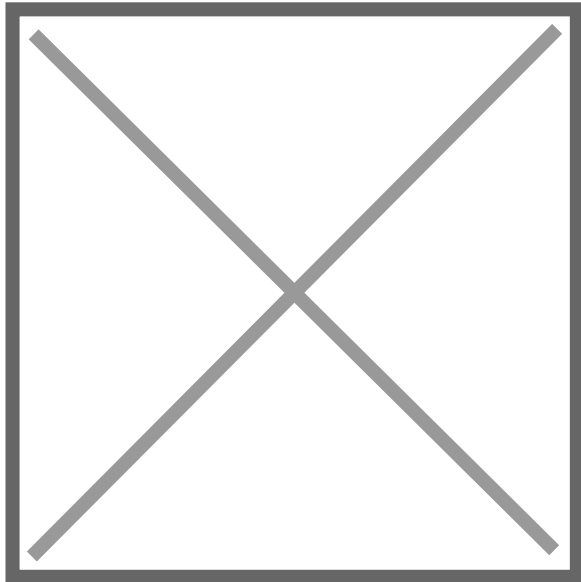
Ungeachtet dessen wurden die Mitglieder des LVA am 3. Mai durch Delegierte gewählt und eine pfälzische Bürgerwehr, die sogenannte Volkswehr, gegründet. Bemerkenswert war, dass Friedrich Schüler (1791–1873), der der Veranstaltung in Kaiserslautern ferngeblieben war, um seine Tätigkeit im Landtag nicht zu gefährden, die meisten Stimmen erhielt, die Wahl jedoch ablehnte.

Dies war keine Revolution, da die politische Elite den Bruch mit Bayern ablehnte. Aus Sicht des LVA lag die Rolle des Aufständischen beim Monarchen, der sich dem Willen der Nationalversammlung widersetzte. Überzeugt von der Legitimität der Volkssouveränität, forderte der LVA am 3. Mai die Regierung des Rheinkreises, die Gerichte und alle Beamten auf, die Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung und die Beschlüsse der Nationalversammlung schriftlich anzuerkennen. Als Druckmittel wurde angekündigt, die Steuerzahlungen zu verweigern, sollten sie sich den Forderungen widersetzen.

Vorbereitung auf militärische Reaktionen

Den Mitgliedern des LVA war bewusst, dass ihr Handeln von Bayern mit Zwangsmaßnahmen beantwortet werden könnte und der Konflikt damit potenziell auf eine militärische Konfrontation herauslief. Diese Befürchtung war nicht unbegründet, denn bereits Ende April hatte der bayrische Regierungspräsident der Pfalz, der aus Börrstadt stammende Franz Alwens (1792–1871), sich mit Bitten nach München gewandt: Weitsichtig nahm er die sich potenziellen Unruhen wahr, die sich aus der ablehnenden Haltung der Regierung bezüglich der Reichsverfassung ergeben konnten und erbat sich Verstärkung durch zuverlässigere Soldaten – also Soldaten aus nicht-pfälzischen Haushalten, die keine familiären oder freundschaftlichen Verbindungen mit der einheimischen Bevölkerung verband. Weshalb in München Alwens' mehrfaches, immer vehementer werdendes Bitten um Unterstützung ignoriert wurde, kann nicht mehr nachvollzogen werden. Die einzige und schlichte Reaktion der Landesregierung vom 7. Mai 1849, Alwens solle die Ruhe und Ordnung wahren, wurde in Speyer, dem Sitz der Kreisregierung, empört aufgenommen. Selbst die dringende Bitte vom 12. Mai, die Lage im Land bitte realistisch wahrzunehmen, wurde – wie der entsprechenden Aktennotiz zu entnehmen ist – vom Innenminister persönlich am 17. Mai *ad acta* gelegt.*

In einer seiner ersten Veröffentlichungen (Q3) versuchte der LVA die von Alwens gesehene Schwachstelle, die lokale Verbundenheit der pfälzischen Soldaten, zu nutzen: Soldaten sollten nicht gegen das eigene Volk, ihre Brüder und Familien für eine meineidige und verblendete Regierung kämpfen. Aus Sicht der Aufständischen wird in diesem Flugblatt die Genese des Gesamtkonfliktes seit Anfang des Jahres 1848 skizziert. Aus dieser Darstellung geht eindrucksvoll das neue Selbstverständnis der bürgerlichen Schicht der damaligen Zeit hervor: Das Volk habe den Königen »im Freiheitsmärsch großmüthig die Krone nicht vom Haupte« gerissen »[u]nd trotzdem erfreuen sich« diese nun, die »Reichsverfassung für ungültig zu nennen.« Das Volk dürfe »zu diesem neuen Treuebruche« und »zu dieser neuen unerhörten Rechtsverhöhnung« nicht schweigen und dürfe sich nicht »zurückbeugen lassen unter das alte Joch der Knechtschaft, welches wir auf immer zerbrochen zu haben wähten« (Q3). Hier trifft das moderne Verständnis der Volkssouveränität, das während der Zeit der Aufklärung entstand und sich in der amerikanischen Unabhängigkeit sowie der Französischen Revolution quasi manifestierte, auf die alte Vorstellung der königlichen Herrschaft.



Q4: Bereits in Speyer wird Eisenstucks Sympathie für die Bemühungen in der Pfalz deutlich. CC BY-NC-SA 4.0 IPGV, Sammlung Viktor Carl.

Reichskommissar Bernhard Eisenstuck

Auf Wunsch der bayrischen Regierung entsandte der Präsident der Frankfurter Nationalversammlung, Heinrich von Gagern (1799–1880), den sächsischen Abgeordneten und zweiten Vizepräsidenten der Nationalversammlung Bernhard Eisenstuck (1805–1871) als Reichskommissar in die Pfalz. Eisenstuck kam am 6. Mai in der Pfalz an, suchte direkt das Gespräch mit Alvens, aber auch mit dem LVA in Kaiserslautern. Die Erwartung in München, Eisenstuck könne die Situation in der Pfalz zu bayrischen Gunsten befrieden, erfüllte sich nicht: »Für den Landesausschuß war die Ankunft des Reichskommissars der politische Höhepunkt. Jetzt genoß er – so zumindest nach seiner eigenen Interpretation und Propaganda – die ersehnte Legitimation durch die Zentralgewalt, der man sich ja unterstellen wollte.«*

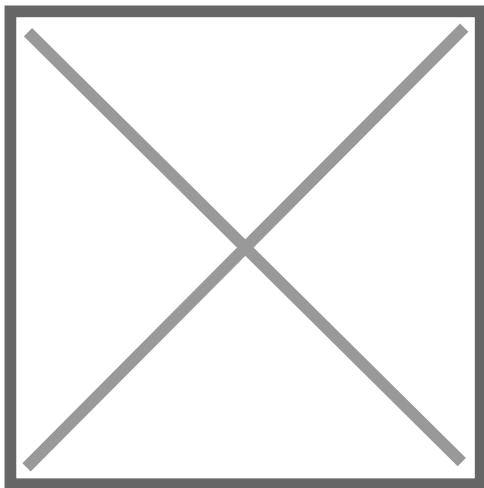
Da nach Ansicht des bayrischen Gesandten Joseph von Xylander(1794–1854) sich Eisenstuck mit der Anerkennung des LVA auf die Seite der Revolte geschlagen habe (Q4), forderte er von der Zentralgewalt in Frankfurt Eisenstucks Abberufung. Die Zentralgewalt kam der bayrischen Forderung nach und Eisenstuck verließ am Morgen des 11. Mai Kaiserslautern. Durch den Rücktritt von Gagerns keimte zwar noch einmal die Hoffnung auf, Eisenstuck könne sei Mandat zurückerhalten. Dies verzögerte die Abreise des ehemaligen Reichskommissars allerdings nur um zwei Tage.

Die zu dieser Zeit eintreffenden Nachrichten aus Sachsen, wo der dortige Aufstand von preußischen Truppen blutig niedergeschlagen wurde, der Einmarsch rheinhessischer Freikorpstruppen in Ludwigshafen sowie rheinhessischer Freischärler in Kirchheimbolanden und der Ausbruch der Aufstände in Baden am 13. Mai hatte zusammen mit der Abberufung Eisenstucks die Stimmung in der Pfalz weiter angeheizt. Hierdurch ging der Aufstand in der Pfalz in eine neue Phase über.

Teil 2: Die provisorische Regierung der Rheinpfalz

Durch die sich verschärfende Lage in und außerhalb der Pfalz wurde das Mandat des Landesverteidigungsausschusses (LVA) nicht mehr als ausreichend angesehen. Die Akteure der demokratischen Vereine, aber besonders die Mitglieder des LVA waren der Meinung, die königlich bayrische Regierung in Speyer habe ihre Legitimität verspielt, indem sie sich nicht für die Reichsverfassung ausgesprochen und das Begehren der pfälzischen Bürger nicht anerkannt habe. Der LVA argumentierte, dass eine Regierung, die keinen legitimen Rückhalt besitze, das Land auch nicht vor einer dadurch drohenden Anarchie schützen könne. Um auf diese Gefahr reagieren zu können, wurden die pfälzischen Kantonalausschüsse des Volksvereins am 13. Mai 1849 aufgefordert, für den 17. Mai Deputierte nach Kaiserslautern zu entsenden.

Dass diese Aufforderung, Deputierte zu wählen, recht kurzfristig verschickt wurde, löste bei einigen lokalen Vereinen und ihren verschiedenen Fraktionen Unmut aus. So standen beispielsweise Teile des Volksvereins in Neustadt dem LVA und seinem Führungsanspruch skeptisch gegenüber. Die Deputiertenwahl, deren Ablauf nicht vorgegeben war und daher von den Kantonalausschüssen frei gestaltet werden konnte, führte daher in Neustadt dazu, dass aufgrund einer Grundsatzdiskussion über das Für und Wider der Linie des LVA kein Deputierter gewählt wurde.

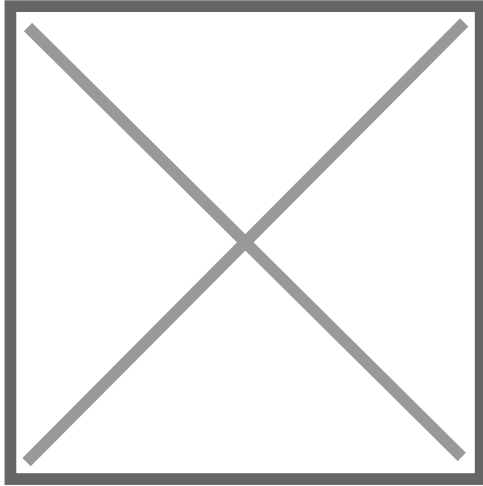


Q5a: Protokoll der Sitzung vom 16. Mai 1849 in der Fruchthalle, in der die Einführung von Sonderabgaben zur Finanzierung der Volkswehr beschlossen wurde. CC BY-NC-SA 4.0 Sammlung IPGV.

Finanzielle Absicherung der Volkswehr

Am 16. April, einen Tag vor der anberaumten Versammlung in Kaiserslautern, wurden vom LVA 104 vermögende pfälzische Bürger in der Fruchthalle versammelt, um die Verteidigung der Pfalz auch finanziell abzusichern. Einerseits sollte ein Modus gefunden werden, der gesamten Bevölkerung zumutbare Abgaben aufzuerlegen. Andererseits sollten sich gerade wohlhabende Bürger durch freiwillige Beiträge besonders an der Finanzierung der Volkswehr beteiligen können (Q5a). Neben der Notwendigkeit der Verteidigungsfinanzierung kann dies auch als innerpfälzischer Loyalitätstest betrachtet werden, der mit Bravour bestanden wurde: »Die Gesamtsumme hätte ausgereicht, um sechs Bataillone einen Monat zu unterhalten oder, um ca. 1200 gebrauchte, bzw. 1150 neue

Perkussionsgewehre zu kaufen.«* (Q5b).



Q5b: Auf der Rückseite des Protokolls wurde sowohl die verpflichtende Sondersteuer als auch die freiwillig geleisteten Beiträge aufgeführt. CC BY-NC-SA 4.0 Sammlung IPGV.

Noch am selben Abend wurde in der Fruchthalle eine Volksversammlung organisiert. Die Redner dieser Veranstaltung warnten unter anderem vor der Wankelmütigkeit der gewählten Kantonalvertreter der anberaumten Versammlung des kommenden Tages: Diese hätten ihre Wahl womöglich nur aus Prestigegründen angenommen und nicht aus Überzeugung, weshalb sie eventuell nicht zu entschiedenen Entschlüssen bereit seien. Daher wurde eine Überwachung der Versammlung vorgeschlagen, um die Einsetzung einer provisorischen Regierung notfalls zu erzwingen. Letztendlich einigte man sich darauf, eine Deputation zu wählen, die am nächsten Tag den Kantonalvertretern das mitteilen sollte, was man als den allgemeinen Volkswillen erachtete.

Die Versammlung vom 17. Mai 1849

Für den darauffolgenden Tag, den 17. Mai, waren aus den 31 Kantonen 28 gewählte Delegierte in Kaiserslautern eingetroffen. Die am Vortag bestimmte Deputation teilte den anwesenden Delegierten mit, die gesamte Stadt habe sich dafür ausgesprochen, die Pfalz in einen reichsunmittelbaren Status zu überführen. Dies hätte bedeutet, dass sie zu einem eigenständigen, von Bayern losgelösten Land geworden wäre. Auf der darauffolgenden Besprechung der Delegierten zeichnete sich allerdings eine Mehrheit für ein vorsichtigeres Vorgehen ab, sodass sich die Warnungen des vorangegangenen Tages, den Delegierten könnte es an Entschlossenheit mangeln, zu bewahrheiten schien: Die Vertreter der verschiedenen Kantone sprachen sich mehrheitlich dafür aus, mit der Einsetzung einer provisorischen Regierung abzuwarten, »bis man wisse, was die pfälzischen Abgeordneten im soeben wiedereröffneten Landtag«* ausrichten könnten.

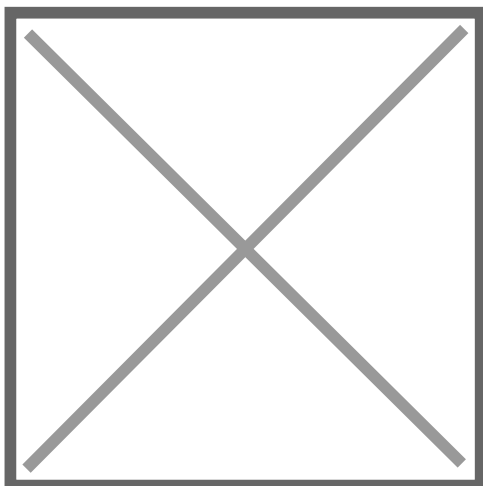
Noch bevor es zu einer Abstimmung kommen konnte, wurden die Delegierten von Mitgliedern des LVA in den Saal der Fruchthalle gerufen, wo ihnen von Nikolais Schmitt ein Rechenschaftsbericht des LVA dargelegt wurde. Als Fazit stellte Schmitt fest, dass die Kreisregierung in Speyer keine Anerkennung und daher auch keine Legitimation mehr besäße und eine Anarchie in der Pfalz nur durch das Einsetzen einer provisorischen, dem allgemeinen Volkswillen verpflichteten Regierung verhindert werden könne. Nach Schmitt trat der Gesandte der revolutionären badischen Regierung,

Friedrich Jacob Schütz (1813–1877), auf. Er warb dafür, dass auch die Pfalz die Regierung selbst in die Hand nehme und bot der Pfalz ein Schutz- und Trutzbündnis mit den badischen Aufständischen an.

In der sich direkt an diesen Vortrag entwickelnden Diskussion standen sich zwei Positionen gegenüber, die sich allerdings im Endeffekt beide für die Einsetzung einer provisorischen Regierung aussprachen. Der einzige Unterschied lag im Zeitpunkt, ab welchem eine solche Regierung gegründet werden sollte: Während ein Teil der Deputierten für eine sofortige Ersetzung der Kreisregierung in Speyer durch eine provisorische Regierung war, wollte ein anderer Teil *mit der Einsetzung noch drei Tage* warten. Ihr Vorschlag sah vor, zuerst eine Depesche an die Landtagsabgeordneten in München zu schicken und erst nach einer ausbleibenden oder unbefriedigenden Antwort die provisorische Regierung einzusetzen. Am Faktum, die Kreisregierung in Speyer ersetzen zu wollen, hätte sich folglich nichts geändert; der Prozess wäre lediglich verzögert worden.

Trotz dieses marginalen Unterschieds war die geführte Diskussion erbittert, da die Befürworter einer provisorischen Regierung – allen voran die Mitglieder des LVA –, keine weitere Verzögerung akzeptieren wollten. »Man glaubte jetzt, die Revolution nicht anders retten zu können als mit dem Mittel der Lüge und Drohung: Es wurde behauptet, und das machte sichtlich Eindruck, Eisenstuck habe zu einer provisorischen Regierung geraten; und man schlug vor, was einen ebenso großen Eindruck machte, nötigenfalls das Volk entscheiden zu lassen.«* Nachdem sich am 2. Mai bereits gezeigt hatte, dass radikale Vorschläge in einer Volksversammlung ein großes Potenzial entwickeln konnten, wollte man dieses erweiterte Risiko nicht eingehen und schritt zur Abstimmung. Doch auch diese kann – selbst nach damaligen Maßstäben – nicht als frei und unabhängig bezeichnet werden. Die Abgesandten aus den Kantonen »wurden einzeln laut gefragt, ob sie die sofortige Einsetzung einer provisorischen Regierung wünschten. Bei jedem ›Ja‹ brach das Publikum in Bravorufe aus, bei jedem ›Nein‹ wurde gezischt, Gewehr und Säbel auf den Boden gestoßen, ›pfui‹, ›Schande‹ und ›nieder mit den Verrätern, den Geldsäcken‹ geschrien. Einige der Abgeordneten zögerten mit der Antwort so, daß sie wiederholt gefragt werden mußten.«* Das Ergebnis war mit 15 zu 13 Stimmen äußerst knapp.

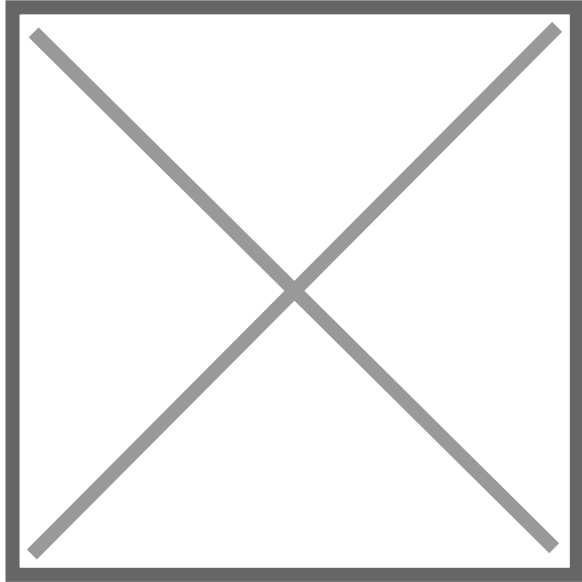
Die provisorische Regierung



Q6: Von Speyer wurde der Sitz der provisorischen Regierung nach Kaiserslautern verlegt. CC BY-NC-SA 4.0 IPGV, Sammlung Viktor Carl.

Nachdem die Einsetzung einer provisorischen Regierung beschlossen war, wurden ihre Mitglieder gewählt. Wie bereits bei der Wahl zum LVA einige Wochen zuvor, wurden auch hier Personen gewählt, die nicht gewählt werden wollten und auf größtmöglichen Abstand zum LVA gegangen waren: die Abgeordneten Kolb, Schüler und der – wie Schüler – aus Bergzabern stammende und auch am Appellationsgericht Zweibrücken arbeitende August Ferdinand Culmann (1804–1891). Sie wurden vermutlich zur Wahl aufgestellt, um aufgrund ihres großen allgemeinen politischen Ansehens, das sie als langjährige Mitglieder der pfälzischen Politikelite genossen, zur allgemeinen Akzeptanz der provisorischen Regierung beizutragen. Dass es sich jedoch stattdessen um einen geschickten Schachzug handelte, der eine Radikalisierung quasi als Automatismus in die provisorische Regierung einbaute, wird durch die angeschlossene Wahl von genau drei Ersatzkandidaten für Kolb, Schüler und Culmann deutlich. Neben dem regulär gewählten, überzeugten Republikaner Joseph Martin Reichard, der als Präsident und Kriegsminister agierte, und dem in Neustadt wohnenden Hambach-Veteranen Dr. Philipp Hepp (1797–1867), der das Amt des Finanzministers übernahm, kamen drei Nachrücker in die Regierung, die ebenfalls ein strikteres Vorgehen favorisierten: Nikolaus Schmitt als Innenminister, der seine demokratisch-republikanische Überzeugung früh im *Boten für Stadt und Land* verdeutlicht hatte, der Frankenthaler Peter Fries als Justizminister, der Anfang Mai bereits für eine Loslösung der Pfalz plädiert hatte und Dr. Ludwig Greiner (1814–1874) als Außenminister, der seit 1849 für Pirmasens und Zweibrücken im bayrischen Landtag saß. Diese fünf Personen hatten in dieser Konstellation bereits den LVA dominiert.

Dass es sich nicht um eine Loslösung von Bayern handelte, sondern um das Ersetzen einer dysfunktionalen Regierung durch eine legitimierte, provisorische Regierung, wurde weiterhin betont. Mit dieser Argumentation forderte man die Kreisregierung in Speyer auf, den Eid auf die Reichsverfassung zu leisten. Am 19. Mai lehnten der Kreisregierungspräsident Franz Alwens und die anderen Mitglieder der Regierung die Eidesleistung endgültig ab und flohen mitsamt der Regierungskasse in die Festung Germersheim. Die provisorische Regierung residierte daraufhin kurzzeitig in Speyer; verlegte allerdings ihren Sitz am 23. Mai zurück nach Kaiserslautern (Q6).

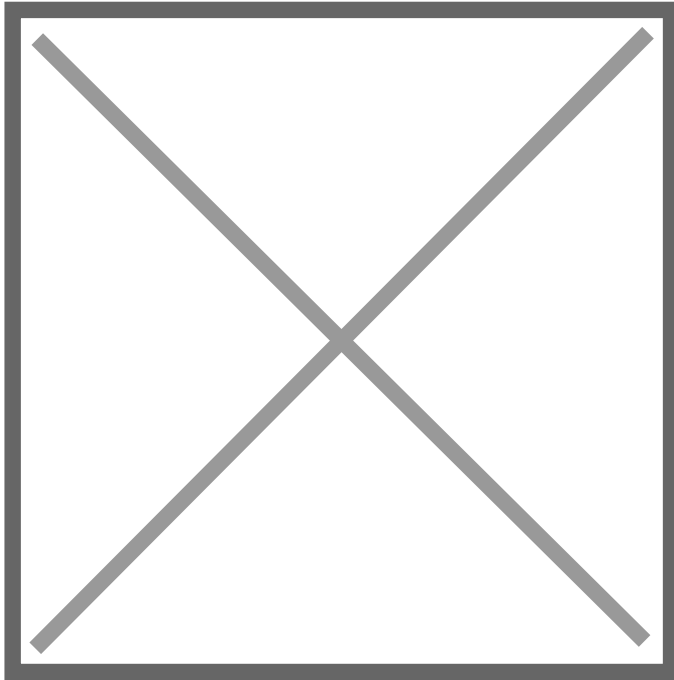


Q7: Die provisorische Regierung nutzte die Nachrichten aus dem Landtag für ihre eigene Propaganda. CC BY-NC-SA 4.0 IPGV, Sammlung Viktor Carl.

Die Situation im bayrischen Landtag

Trotz der Ausnahmesituation in ihrer Heimat konnten die pfälzischen Abgeordneten im bayrischen Landtag ihre Arbeit fortsetzen. Der Landtag wurde, nach langer Vertagung, am 17. Mai wieder einberufen. Die Regierung konnte sich anfangs noch durchsetzen und beispielsweise ein Misstrauensvotum der linken Abgeordneten abwehren. Danach geriet sie deutlich unter Druck, denn bereits am 21. Mai konnte sich die Linke mit einer klaren Mehrheit durchsetzen, eine Adresse an den Monarchen zu verfassen, in welcher dieser erneut zur Annahme der Reichsverfassung aufgefordert wurde. Der bayrischen Regierung war bewusst, dass sie den linken Abgeordneten unter der Führung der Pfälzer nichts entgegensetzen konnte. Daher nahm sie die Gründung der provisorischen Regierung in der Pfalz für den Versuch zum Anlass, die pfälzischen Abgeordneten aus dem Landtag auszuschließen, solange sich dieser Landesteil im Aufstand befinde. Doch auch dieses Vorhaben scheiterte: Als am 24. Mai der Antrag der Regierung auf Ausschluss der pfälzischen Abgeordneten zur Abstimmung gebracht werden sollte, verließen die linken Abgeordneten unter Protest den Saal, sodass der Landtag beschlussunfähig war.

Auch wenn der Versuch, die pfälzischen Abgeordneten aus dem Landtag zu verbannen, gescheitert war, instrumentalisierte die provisorische Regierung die Nachrichten aus München für ihre eigenen Zwecke. Dass die Landtagsabgeordneten am 27. Mai über die Pfingstferien in die Heimat reisten, wurde in Flugblättern umgedeutet: Den pfälzischen Abgeordneten sei die Teilnahme am Landtag gewaltsam untersagt worden, sodass eine Trennung der Pfalz von Bayern deutlich vonseiten der bayrischen Regierung ausgesprochen worden sei.



Q8: Vorletzte Seite des 12. und letzten Amts- und Intelligenzblattes der provisorischen Regierung der Rheinpfalz vom 11. Juni 1849. CC BY-NC-SA 4.0 IPGV, Sammlung Viktor Carl.

Die Frage nach Unabhängigkeit

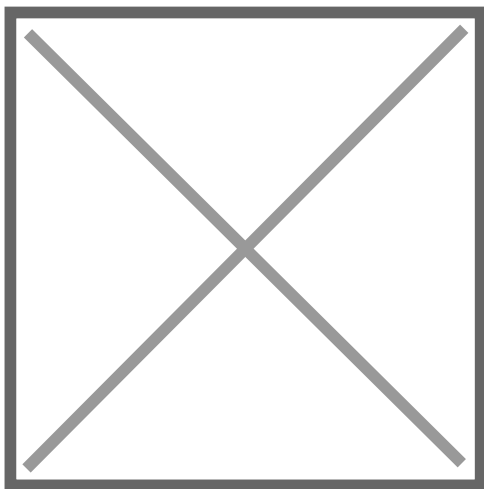
Eine Trennung von Bayern wurde damit zwar weder von pfälzischer noch von bayrischer Seite offiziell proklamiert. Die Pfalz als souveräner Staat schwebte dennoch, so darf vermutet werden, allen fünf Mitgliedern der provisorischen Regierung als Ideal vor. Bezeichnend ist eines der ersten Dekrete der neuen Regierung, das besagte, dass in Zukunft alle Veröffentlichungen und Anordnungen der provisorischen Regierung mit der Formel ›Im Namen des Pfälzischen Volkes!‹ eingeleitet werden solle.

Die unklare Lage nutzte die provisorische Regierung, der bayrischen Regierung den Vorwurf zu machen, eine Trennung bereits einseitig vollzogen zu haben. Auch wenn über ihre Motive hierbei nur spekuliert werden kann, ist es wahrscheinlich, dass sie einer späteren, offiziellen Loslösung mit dem Argument vorsorgen wollten, die Trennung sei zuerst von bayrischer Seite vollzogen worden. Offiziell wurde eine Loslösung von Bayern – egal von welcher Seite – bis zur Niederschlagung des Aufstandes nicht proklamiert oder vollzogen.

Stets, selbst noch im zwölften und letzten Amtsblatt der provisorischen Regierung, wurde der provisorische Charakter der Übergangsregierung betont: All ihre Entscheidungen seien vorläufig und über ihre Rechtmäßigkeit werde auf einer allgemeinen Volksversammlung geurteilt werden müssen (Q8). Dieses Zugeständnis war allerdings auch der allgemeinen Uneinigkeit geschuldet, die sich in den lokalen Vereinigungen des Volksvereins mit ihren unterschiedlich radikalen, demokratischen Ablegern gebildet hatte: Aus diesen kam gegen Ende Mai und Anfang Juni immer häufiger der Vorwurf, auch die provisorische Regierung und ihre Entscheidungen besäßen keine Legitimität.

Besonders harsche Kritik wurde beispielsweise aus Neustadt an der provisorischen Regierung geübt. Nachdem man sich dort aufgrund von Richtungsstreitigkeiten nicht auf die Entsendung eines Deputierten zur Versammlung am 17. Mai nach Kaiserslautern einigen konnte, erschien hier ab dem 20. Mai 1849 die Zeitung *Der Pfälzer Volksmann*. Beteiligt an diesem Blatt, das sich auch als *demokratisches Kreuzerblatt* bezeichnete, war Heinrich Loose, der bereits am 2. Mai in Kaiserslautern offen zur Revolution aufgerufen hatte. In den fünf Ausgaben des *Volksmanns*, die bis zum 11. Juni erschienen, wurden mehrfach kritische Fragen an die provisorische Regierung gerichtet, aus denen deutlich hervorgeht, dass die getroffenen Maßnahmen Loose noch lange nicht weit genug gingen.

Parlamentarisch gab es vorerst keinen Bruch, denn der bayrische Landtag konnte nach der Pfingstpause seine Arbeit wieder aufnehmen. Er wurde erst spät aufgelöst – und auch nicht direkt wegen der Einsetzung der provisorischen Regierung in der Pfalz. Die linken Abgeordneten strebten die Untersuchung des vorangegangenen Ausschlussversuchs der Pfälzer vor einem Ausschuss an. Als dieser Ausschuss, der schließlich die Missachtung der parlamentarischen Eigenständigkeit untersuchen sollte, vom Parlament einstimmig angenommen wurde, wusste sich die Regierung nicht anders zu helfen, als den König um die Auflösung des Parlamentes zu bitten. Auch, wenn Machtlosigkeit des Königs und seiner Minister dadurch erst recht deutlich wurde, ließ sich der Monarch nicht lange bitten und löste den Landtag am 11. Juni auf.



Q9: Preußen verhängt den Kriegszustand über die Pfalz. CC BY-NC-SA 4.0 IPGV, Sammlung Viktor Carl.

Die Niederschlagung durch Preußen

Weder zur Klärung der kritischen Fragen, noch zu einer final urteilenden Volksversammlung, wie es die provisorische Regierung versprochen hatte, ist es in der Pfalz gekommen. Stattdessen überschritten am 13. Juni 1849 Teile der preußischen Armee die Grenze zur Pfalz. Um auf eine feindliche Invasion vorbereitet zu sein, hatte die provisorische Regierung bereits am 8. Juni den Kriegszustand ausgerufen. Ein Gefecht mit bewaffneten Truppen bei Kirchheimbolanden am 14. Juni lieferte dem Oberkommandierenden der Preußen, dem späteren König und Kaiser Wilhelm I. (1797–1888) den Vorwand, seinerseits den Kriegszustand über die Pfalz zu erklären und militärisch hart durchzugreifen.*

Die pfälzische Volkswehr, die trotz aller Anstrengungen der provisorischen Regierung schlecht gerüstet und ebenso wenig erfahren war, konnte der preußischen Kriegsmaschinerie nichts entgegensetzen. Beinahe kampflos, mit einem letzten Gefecht – keiner Schlacht! – nahe Rinnthal bei Annweiler am 17. Juni zogen sich die Truppen bis zum 18. Juni über den Rhein nach Baden zurück. Auch die Mitglieder der provisorischen Regierung konnten ins Exil fliehen; keiner von ihnen sollte in die Pfalz zurückkehren.

Das Revolutionäre des Aufstands

Auch wenn es im Mai und Juni 1849 formell in der Pfalz zu keiner Revolution kam, weil niemals die Loslösung von Bayern oder die Umwandlung der Regierungsform proklamiert wurde, passierte hier in diesen knapp sechs Wochen doch etwas Revolutionäres, indem unmittelbar zwei politische Welten aufeinanderprallten: die alte Ordnung des Gottesgnadentums und die Volkssouveränität der Aufklärung. In diesem Grundkonflikt des späten 18. Jahrhunderts, der die europäische Geschichte noch bis in das 20. Jahrhundert hinein beschäftigen sollte, hatte sich eine breite Basis der pfälzischen Bevölkerung eindeutig positioniert, indem sie sich – wenigstens für einige Wochen – hinter eine provisorische Regierung stellten, die selbstbewusst ihre Entscheidungen ›im Namen des Pfälzischen Volkes‹ verkündete.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> <https://lbz.rlp.de/ueber-uns/presse/detail/175-jahre-pfaelzer-aufstand-freiheitskaempferin-mathilde-hitzfeld-im-fokus>, zuletzt geprüft am 29.05.2025.

-> https://de.wikipedia.org/wiki/Mathilde_Hitzfeld, zuletzt geprüft am 29.05.2025.

-> <https://frauenspuen-westpfalz.de/donnersbergkreis/mathilde-hitzfeld-kirchheimbolanden>, zuletzt geprüft am 29.05.2025.

-> Lässig, Maximilian: Vor 175 Jahren: Der Pfälzische Aufstand von 1849, in: pfalzgeschichten.de, online verfügbar seit 11.06.2024 unter:

<https://www.pfalzgeschichte.de/de/schlaglichter/2024/06/11/pfaelzische-aufstand-1849/>, zuletzt geprüft am 03.09.2026.

Sekundärliteratur

->

->

->

Frauen in der Revolution

Inhaltsverzeichnis

1. Frauen in der Revolution 1848/49
2. Frauen und die Revolution. 1848 als Frauenaufbruch

1. Frauen in der Revolution von 1848/49

Am 27. März 2024 jährt sich die Verabschiedung der ersten gesamtdeutschen Verfassung zum 175. Mal. Was wäre gewesen, wenn der preußische König Friedrich Wilhelm IV. die ihm von der deutschen Nationalversammlung angetragene Kaiserkrone angenommen hätte? Dieser Frage widmet sich eine Sektion in der Ausstellung „Roads not Taken. Oder: Es hätte auch anders kommen können“. Dort sieht man unter anderem den Stich von Paul Bürde (Abb. 1), der das in der Frankfurter Paulskirche tagende Parlament von 1848 zeigt und auf dem insgesamt 81 Abgeordnete porträtiert sind. Neben den Abgeordneten erkennt man auf den Besuchertribünen auch einige Frauen. Mit deren Rolle in der Revolution von 1848/49 beschäftigt sich in diesem Blogbeitrag Prof. Dr. Daniel Morat, Kurator am Deutschen Historischen Museum für das 19. Jahrhundert in der in Vorbereitung befindlichen neuen Ständigen Ausstellung.

Was wäre gewesen, wenn sich Frauen 1848 nicht mit den Zuschauerplätzen hätten begnügen müssen und ins Parlament hätten gewählt werden können? Diese Frage ist wohl falsch gestellt, denn das passive Wahlrecht für Frauen lag tatsächlich sehr weit außerhalb des politischen Vorstellungsvermögens der meisten Männer und auch Frauen in den 1840er Jahren. Die allgemeine Politisierung der Gesellschaft im sogenannten Vormärz, den Jahren zwischen dem Wiener Kongress 1815 und der Märzrevolution 1848, hatte jedoch auch viele Frauen ergriffen. Obwohl die (von Männern formulierte) Idee der bürgerlichen Gesellschaft eine klare Trennung zwischen der privaten Sphäre der Frauen und der öffentlichen Sphäre der Männer vorsah, wurde diese Trennung in der gesellschaftlichen Wirklichkeit vielfach aufgebrochen. So konnten sich auch bürgerliche Frauen an der politischen Publizistik im Vormärz beteiligen und in semi-öffentlichen Salons das politische Gespräch organisieren. Schon vor 1848 erstritten sie sich den Zugang auf die Besuchertribünen vieler Landesparlamente.

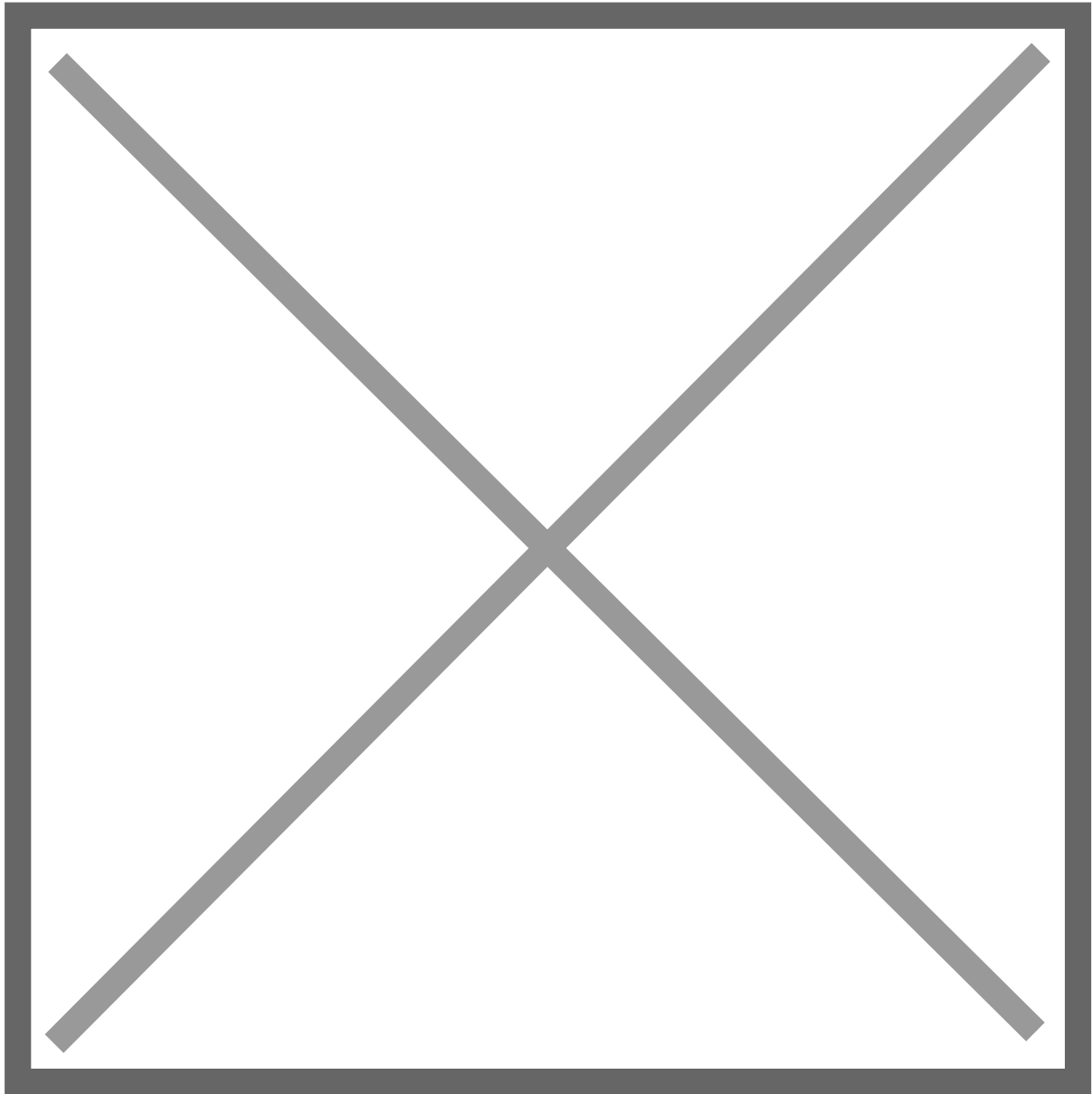


Abb. 1: Die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung, Paul Bürde, 1848
(nach) © DHM

In der Paulskirche war die Zulassung von Zuschauerinnen dann wenig kontrovers. Frauen wurden durchaus als Teil der sich hier formierenden Nation wahrgenommen, selbst wenn ihre politische Repräsentation allein durch die Männer erfolgen sollte. Auf der sogenannten Damengalerie fungierten sie als „teilnehmende Beobachterinnen“ (Alexa Geisthövel), unterrichteten Freundinnen, Freunde und Familie per Brief über die Verhandlungen und hielten ihre Beobachtungen in Parlamentstagebüchern fest. Das gilt etwa für die Frankfurter Publizistin Clotilde Koch-Gontard, die zugleich einen wichtigen Salon unterhielt, in dem viele Abgeordnete ein und aus gingen und der so die politische Kommunikation zwischen Parlament und Stadtgesellschaft beförderte.

Während die Aktivität von Frauen in den Parlamenten und politischen Clubs (den Vorformen der heutigen Parteien) auf das Zuschauen und Kommentieren von der Galerie aus beschränkt blieb (Abb. 2), konnten sie auf den Barrikaden auch mitkämpfen. Viele der Revolutionärinnen, deren Namen man heute noch kennt, haben sich durch ihre Beteiligung an den bewaffneten Kämpfen in das kollektive Gedächtnis eingeschrieben.

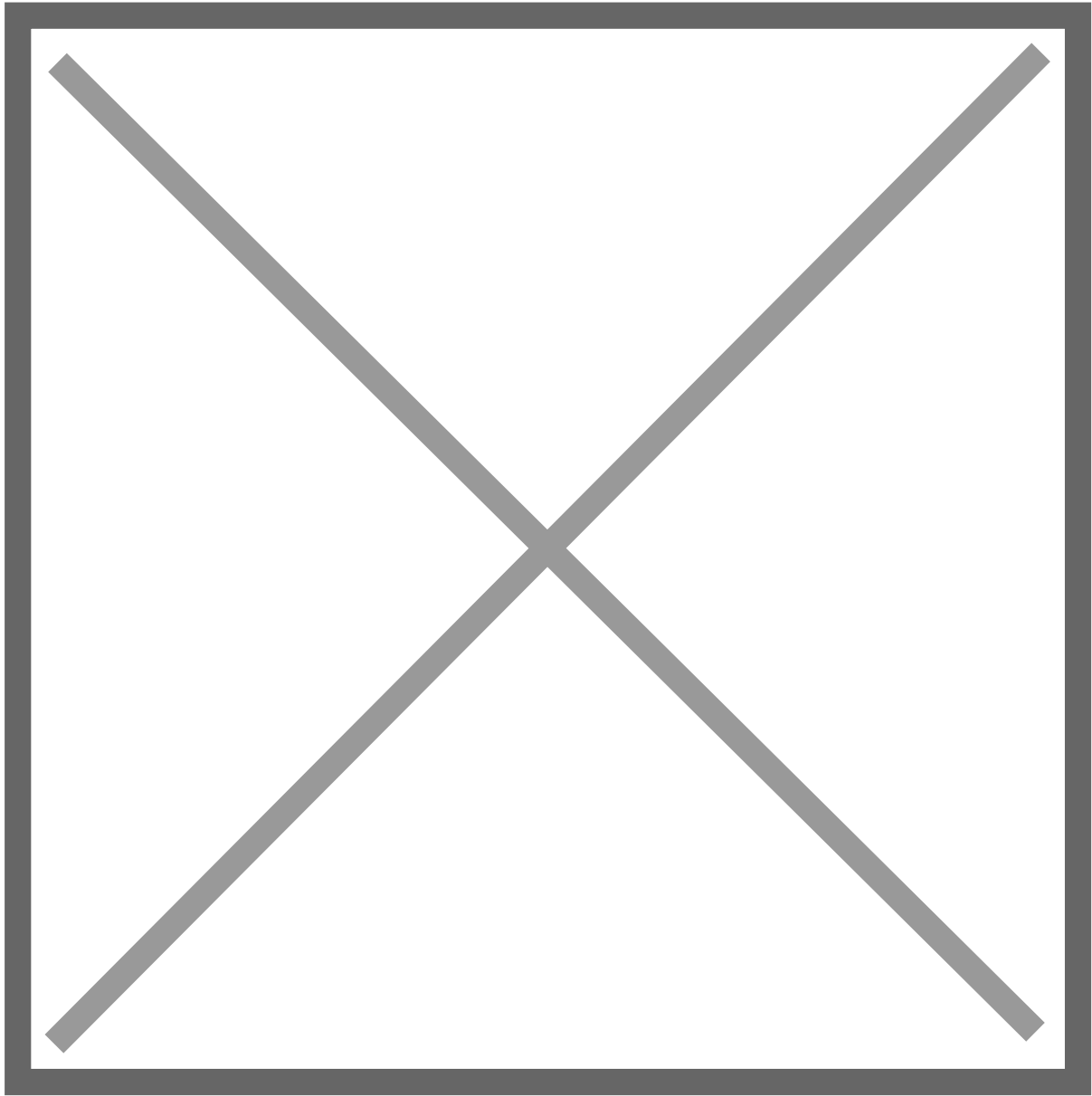


Abb. 2: Sitzung des Demokratischen Clubs im Clubhaus in der Leipziger Straße Nr. 48 in Berlin, Robert Kretschmer, Berlin 1848 © DHM

Das gilt für Emma Herwegh und Amalie Struve in Baden ebenso wie für Lucie Lenz, die beim Zeughaussturm im Juni 1848 in Berlin dabei war. Oder für Henriette Zobel, die in Frankfurt für schuldig befunden wurde, den preußischen General Hans von Auerswald beim Barrikadenkampf mit ihrem Regenschirm erstochen zu haben. (Der Regenschirm wird heute im Historischen Museum Frankfurt ausgestellt.) Das Dienstmädchen Pauline Wunderlich erlangte traurige Bekanntheit, weil sie in einem Aufsehen erregenden Prozess für ihre Beteiligung am Maiaufstand 1849 in Dresden zu lebenslanger Zuchthaushaft verurteilt wurde. Ob sie es ist, die auf dieser Bilderzeitung aus Dresden (Abb. 3) unten rechts verewigt wurde, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Das Bild der Barrikadenkämpferin übt jedoch noch heute eine gewisse Faszination aus, gerade weil es den im 19. Jahrhundert etablierten Geschlechterzuschreibungen widerspricht.

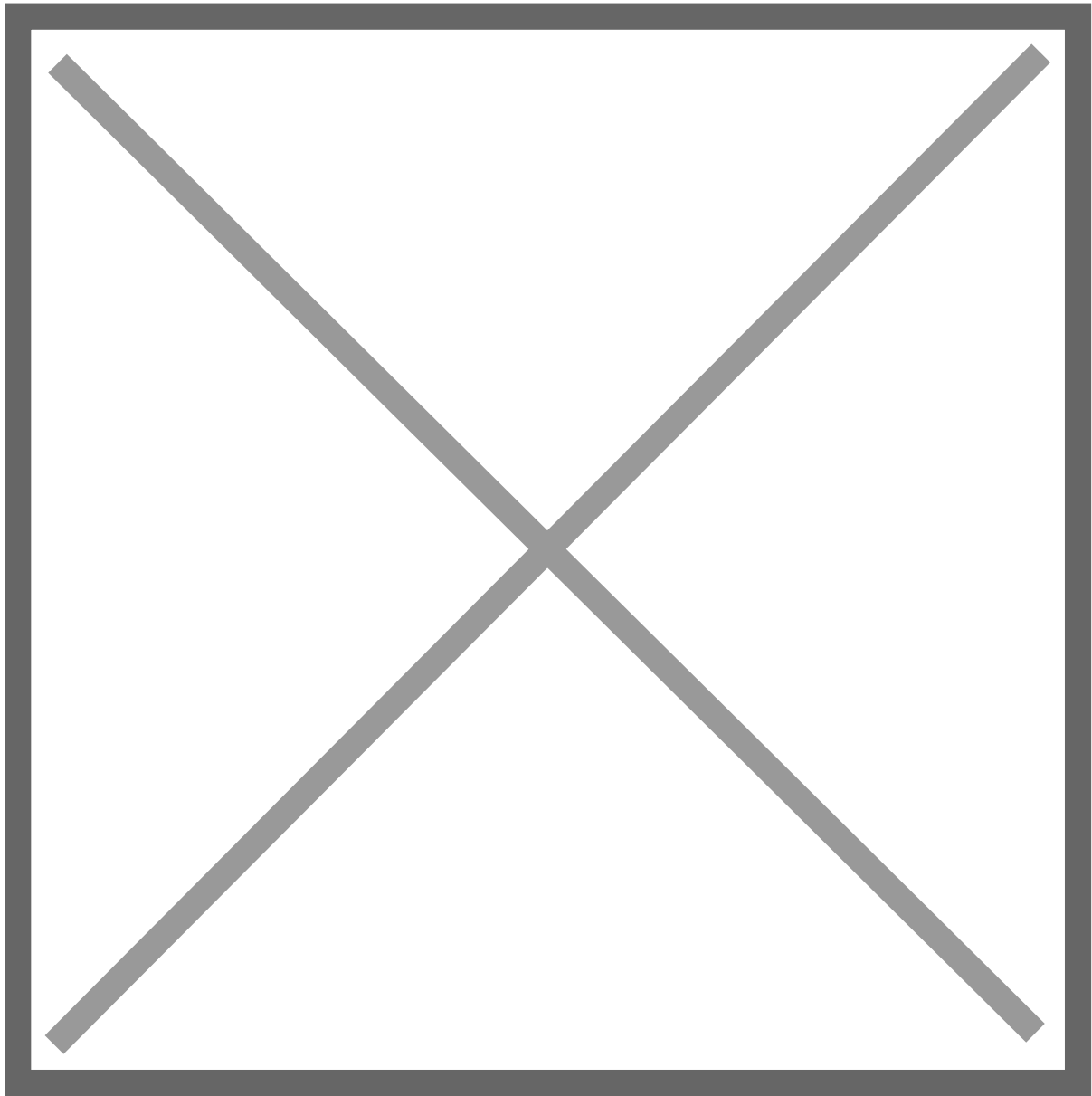


Abb. 3: Dresdens erste Maitage, 1849, Bilderzeitung, Ludwig Schmidt, Dresden 1849 © DHM

Die Frauen auf den Barrikaden stellten allerdings die Ausnahme dar. Es ist in der Forschung wiederholt darauf hingewiesen worden, dass Parlamente und Barrikaden primär männliche Orte waren und dass eine Fokussierung auf diese Orte bei der Beschäftigung mit der Revolution von 1848/49 die Frauen systematisch aus dem Blick bzw. an den Rand geraten lässt. Wendet man sich jedoch allgemeiner den Reformbemühungen der Zeit zu, etwa auf dem Feld der Erziehung und der Bildung, begegnet man einer Vielzahl politisch engagierter Frauen, die das Freiheitsversprechen der Revolution auch für sich und ihre Geschlechtsgenossinnen in Anspruch nehmen wollten. Zu den bekanntesten unter ihnen gehört Louise Otto (ab 1858 Otto-Peters). Die aus Meißen stammende Publizistin war schon vor 1848 mit dem demokratischen Politiker und Publizisten Robert Blum im engen Austausch (Abb. 4), in dessen „Sächsischen Vaterlandsblättern“ sie bereits 1843 feststellte: „Die Teilnahme der Frauen an den Interessen des Staates ist nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht“.¹ 1848/49 setzte sie sich dann auf vielfältige Weise für die Verbesserung der Stellung der

Frauen ein, vor allen Dingen was ihr Recht auf Bildung und auf freie Erwerbstätigkeit anbelangte.

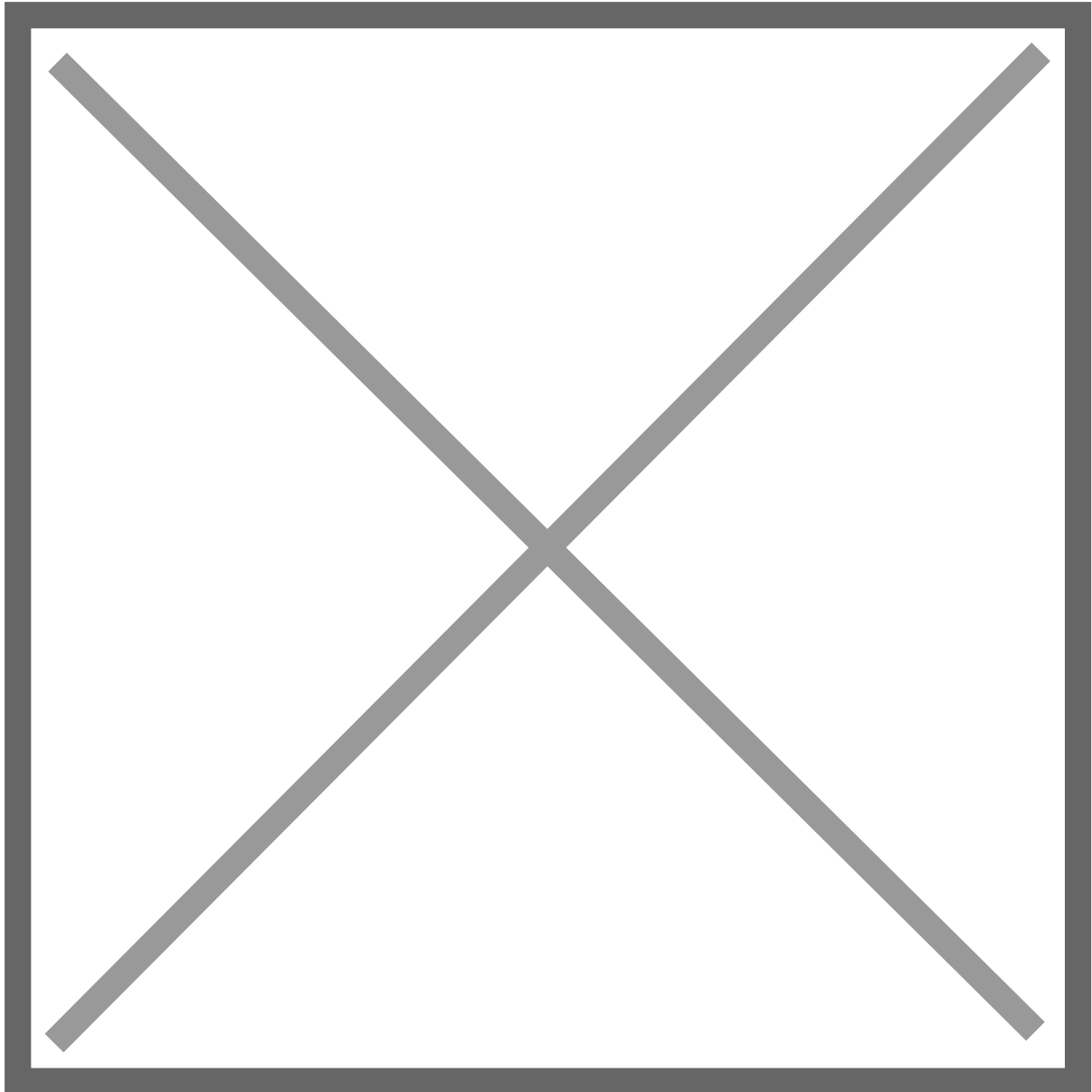


Abb 4: Im November 1847 sandte Robert Blum ein Exemplar der Staatszeitung an Louise Otto mit einem persönlichen Gruß. Nota von Robert Blum an Louise Otto, 01.11.1847 © DHM

Im Zuge der Revolution von 1848/49 wurde einer wachsenden Anzahl von Frauen bewusst, dass das politische Freiheitsversprechen nur unzureichend eingelöst wird, wenn es ausschließlich den Männern zugutekommt, ja dass dann eine Hälfte des Menschengeschlechts, wie Louise Otto es ausdrückte, in Knechtschaft belassen werde. Die Enttäuschung darüber, dass es nur sehr wenige Männer waren, denen das ebenfalls bewusst wurde, veranlasste Louise Otto und andere dazu, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, eigene Vereine zu gründen und eigene Zeitschriften herauszugeben. Selbst wenn nach dem Ende der Revolution 1849 viele davon wieder eingingen oder verboten wurden und selbst wenn der Allgemeine Deutsche Frauenverein erst 1865 gegründet wurde, lässt sich der eigentliche Beginn der organisierten Frauenbewegung in Deutschland auf die Revolution von 1848/49 zurückführen.

2. Frauen und die Revolution. 1848 als Frauenaufbruch

Bis heute wird die Geschichte der Demokratie und damit auch der Revolution von 1848 häufig auf mutige Männer und ihre Taten verkürzt. Wo und wie waren Frauen 1848 an der Revolution beteiligt und an welchen konkreten Orten war weibliches Engagement zu finden?

"Aber als Schmach empfand ich es doch, daß Frauen nach wie vor von politischen Versammlungen ausgeschlossen waren", schrieb die Schriftstellerin und Lyrikerin Louise Otto 1848 über die Damengalerie in der Paulskirche, von der aus Frauen die Parlamentssitzungen verfolgen durften. Die Enttäuschung saß tief: Sie konnte weder einen Abgeordneten für die Paulskirche wählen noch konnte sie selbst als Abgeordnete einziehen.

Bis heute wird die Geschichte der Demokratie, die zu Recht auch mit der Revolution von 1848 verknüpft wird, häufig auf mutige Männer und ihre Taten verkürzt. Es sind vorzugsweise Revolutionäre, Parlamentarier und angehende Politiker, an die erinnert wird, wenn es um die Demokratiegeschichte im 19. Jahrhundert geht. Die "Männerzentriertheit" von Revolutions- und Demokratieerzählungen beschränkt sich allerdings nicht auf die Ereignisse um 1848. Die Historikerin Hedwig Richter hat darauf hingewiesen, dass auch und gerade demokratische Staaten dazu neigen, alle Revolutionen als ihr Erbe zu zelebrieren. "Der zentrale Topos eines globalen Demokratienarrativs lautet: Demokratiegeschichte ist ein revolutionärer Kampf von unten gegen oben, und es liegt auf der Hand, dass diese Geschichte in aller Regel eine Männergeschichte ist."

Diese Überlegungen dienen als Ausgangspunkt für die Frage, ob das nachträgliche Revolutionsnarrativ den Blick auf die Erfolge und den partiellen Aufbruch von Frauen rund um die Revolution von 1848 verstellt hat. Hat die starke Konzentration der Forschung auf den parlamentarischen Arm der Revolution dazu geführt, dass Frauen viel stärker als ausgeschlossen gedacht werden, als sie es waren? Um nicht falsch verstanden zu werden: Die Behinderungen und Diskriminierungen von Frauen als politische Bürgerinnen waren enorm. Diese fußten auf einem polar gedachten Geschlechterverhältnis, das Frauen in den unpolitisch-privaten Bereich verwies. So wurde auch der Ausschluss aus der Paulskirche begründet. Allerdings zeigt die Tatsache, dass die Verhandlungen vor den Augen und Ohren anwesender Frauen abgehalten wurden, dass Frauen als Mitglieder der Nation wichtig waren.

In diesem Artikel möchte ich aufzeigen, wo und wie Frauen an der Revolution beteiligt waren und an welchen konkreten Orten weibliches Engagement zu finden war.

Orte der Gewalt: Barrikadenkämpfe und ein Attentat

Bei der Abbildung handelt es sich um einen Stich, der eine Gruppe bewaffneter Männer und Fr

[In Lightbox öffnen](#)

Der Barrikadenkampf scheint ein typisch männlicher Revolutionsort zu sein. Schließlich wird hier mit Waffengewalt verteidigt, und Waffen gelten als ein männliches Werkzeug. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber, dass auch Frauen auf den Barrikaden waren. So kämpften Frauen auf

den Barrikaden in Dresden und Berlin, und auch die Festung in Rastatt wurde gemeinsam von Männern und Frauen verteidigt. Von den Berlinerinnen etwa ist bekannt, dass sie Steine als Wurfgeschosse beschafften und auf Hausdächer und Kirchen hochtrugen – auf der Liste der Märzgefallenen sind elf Frauen mit Namen bekannt. Auch in Trier, Elberfeld und Frankfurt am Main beteiligten sich Frauen aktiv am Barrikadenbau, ebenso in Wien. Dabei handelte es sich sowohl um Bürgerliche als auch um Frauen aus der Unterschicht. Dass das gemeinsame Wachen an den Barrikaden Vorstellungen von Geschlechterrollen erheblich störte, zeigt die Tatsache, dass es in Wien zu massiven Abwertungen in der Presse kam. Die in den Berichten formulierten Ängste beziehungsweise sexuellen Fantasien spiegeln dabei nicht nur die Irritation der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung wider, sondern vor allem die ansonsten strenge Trennung der Geschlechter in der Öffentlichkeit und außerhalb von Familien.

Besonders "aufregend" und grenzensprengend waren Frauen, die sich entschlossen, mitzukämpfen oder Kampfhandlungen zu unterstützen. So beteiligte sich in Baden etwa Amalie Struve am sogenannten Heckerzug und erlebte auch das Gefecht auf der Scheideck bei Kandern. Sie versuchte zusammen mit ihrem Mann Gustav, beim sogenannten Struve-Putsch eine Republik auszurufen, was misslang, wurde verhaftet und musste im Freiburger Turm einsitzen. Das hielt sie allerdings nicht davon ab, sich 1849 der badischen Revolutionsarmee anzuschließen, die vom preußischen Militär aufgerieben und in der Festung Rastatt eingeschlossen wurde, wo sie schließlich am 23. Juli 1849 kapitulieren musste. Es waren nicht viele Frauen, die sich Kampfhandlungen zutrauten, und auf ihre Sonderposition innerhalb der Revolution ist immer wieder hingewiesen worden. Doch was bedeutet es auf lange Sicht betrachtet, dass es die reitenden, schießenden und kämpfenden Revolutionärinnen gab – und diese auch ihren Zeitgenoss:innen sehr gut bekannt waren?

Obwohl diese Frauen Ausnahmen waren, sollte ihre Bedeutung für die revolutionären Ereignisse auf einer symbolischen Ebene nicht unterschätzt werden. Ihre Handlungen dienten auf der einen Seite der Reaktion als warnendes Beispiel dafür, dass eine Frau durch die Beschäftigung mit Politik für ihren angestammten Beruf, nämlich Ehefrau und Mutter zu sein, nicht mehr infrage komme. Auf der anderen Seite befeuerten solche Aktivitäten aber auch die Hoffnungen bei denen, die sich nicht nur eine Veränderung der Staatsform wünschten, sondern auch andere Geschlechterrollen. Dazu gehörten durchaus auch manche Männer. 1848 kam es "vorübergehend – zu einer (begrenzten) Aufspaltung des Konzepts der Geschlechtseigentümlichkeiten 'des Mannes'. Demokraten und Liberale vertraten andere Vorstellungen von Männlichkeit als die Militärpartei und zivile Konservative."

Dass männliche Vorurteile gegen "politisierende Frauen" in und vor allem nach der Revolution einen breiten Raum einnahmen, zeigt sich auch an dem Fall der Henriette Zobel, die als "schirmschwingende 'Megäre', 'Furie' und mutmaßliche Fürstenmörderin in die Frankfurter Geschichte" einging. Dieses Bild zeichnete Christian Reinhold Köstlin, der 1853 als Gerichtsgutachter über die Ermordung der beiden Abgeordneten Hans Adolf Auerswald, preußischer Generalmajor, und Fürst Felix von Lichnowsky 1848 in Frankfurt am Main einen Bericht vorlegte. Mit ihrem Regenschirm soll die Ehefrau des Lithografen Karl Zobel auf die beiden Abgeordneten eingepöbeln und so ihren Tod mit verursacht haben. Die Tat trug sich am 18. September 1848 zu, bereits am nächsten Tag wurde sie verhaftet und 1853, nach Jahren in Untersuchungshaft, wegen Teilnahme an einem Komplott zu 16 Jahren Zuchthaus verurteilt. Es ist

im Nachhinein nicht zu rekonstruieren, ob und wie Henriette Zobel in die Ermordung der beiden Abgeordneten verwickelt war – aber darum ging es damals auch nicht. Vielmehr sollte ein Exempel statuiert werden, denn Zobels politisches Engagement wurde im Gerichtsgutachten dezidiert geschildert und ihr zulasten ausgelegt. So führte der Gutachter aus: "Um Politik will sich die Angeschuldigte gar nicht bekümmert haben. Allein der Vertheidiger führte (...) sehr treffend aus, daß dieser ihrer Behauptung ganz und gar nicht zu glauben sei, vielmehr zusammentreffende Gründe für das gerade Gegentheil sprechen, und zwar namentlich: das (...) über sie im Umlauf gewesene Gerücht, daß sie täglich die Paulskirche besucht habe, ihr Zugeständniß am Sonntag (17. Sept.) auf der Pfingstwaide bei den Reden von Zitz und Genossen anwesend gewesen zu sein." Die Beschäftigung von Frauen mit Politik im Kontext der Revolution von 1848 konnte also strafverschärfend wirken.

Orte des Handelns: Vereine und Feste

Vereine, gesellschaftliche Zusammenschlüsse und Parteien waren sowohl im Vorfeld als auch während und nach der Revolution wichtige politische Orte. Deshalb ist es nicht weiter erstaunlich, dass auch Frauen während der Revolution Vereine gründeten. Einer der wichtigsten und bekanntesten dürfte der von Kathinka Zitz gegründete Mainzer Frauenverein Humania gewesen sein. Der Verein wollte politisch Verfolgte unterstützen, Verwundete pflegen und Geld sammeln, um weitere Waffen zu kaufen. Trotz und vielleicht auch gerade wegen dieses klar politischen Programms war die Beteiligung an der Gründungsversammlung am 17. Mai 1848 enorm. Viele Frauen fühlten sich angesprochen, vermutlich auch deshalb, weil Zitz es verstand, ihnen eine Möglichkeit aufzuzeigen, die Revolution zu unterstützen, ohne ihren angestammten Platz in der Gesellschaft völlig aufgeben zu müssen, da die Ziele des Vereins mit der bürgerlichen Frauenrolle in Einklang zu bringen waren. Trotzdem sprach Zitz Frauen als Staatsbürgerinnen an und machte ihnen ihre politische Rolle in diesen Zeiten klar. Ihr ging es "vorrangig um einen weiblichen Zusammenschluss, der den Bürgerinnen bei der Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Pflichten helfen, ihnen aber auch ein Engagement in der Revolution ermöglichen sollte. Auf diese Weise wollte sie die Frauen befähigen, nicht nur ihre Pflichten als Hausfrau, Mutter und Ehefrau zu erkennen und zu erfüllen, sondern auch diejenigen als 'Bürgerin' und 'Vaterlandsfreundin'." Der Gründung in Mainz folgten weitere Frauenvereinsgründungen, so in Kastel, Alzey, Bonn, Darmstadt, Frankfurt am Main und Worms.

Durch diese Vereinsgründungen eroberten Frauen den öffentlichen Raum. Sie überschritten damit die ihnen zugesprochene Sphäre und begannen, als Staatsbürgerinnen zu handeln. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass diese Erfahrung bei einigen der Frauen dazu führte, dass sie sich auch in den zahlreichen Frauenvereinen engagierten, die ab den 1860er Jahren entstanden.

Eine weitere Möglichkeit, sich für die Revolution zu engagieren und das bestehende Geschlechterverhältnis zu akzeptieren, boten die ausgesprochen beliebten Fahnenweihen. Dabei stickten die meist bürgerlichen Frauen für die überall entstehenden Bürgerwehren Fahnen, die diesen dann in feierlichen Prozessionen überreicht wurden. Die Organisation lag dabei vollständig in den Händen von Frauen, wobei sich ihnen "für ein paar Stunden Türen zu Räumen [öffneten], die lange der bürgerlich-männlichen Öffentlichkeit vorbehalten gewesen waren", etwa Rathäuser oder Bürgergesellschaften. Auch hierbei lernten Frauen das Agieren in der Öffentlichkeit kennen und schätzen. Zusätzlich konnten sie sich mit Schwestern im Geiste vernetzen und damit die

Grundvoraussetzung für weitere politische Frauenarbeit schaffen. Bei den feierlichen Fahnenübergaben, die meistens nach dem Morgengottesdienst stattfanden, holten die Bürgerwehren die Frauen von einem zentralen Gebäude ab, beispielsweise vom Rathaus, und gemeinsam marschierte die Gruppe zum Festplatz. Dabei waren die Frauen mit schwarz-rot-goldenen Bändern geschmückt und nahmen auf dem Festplatz besondere Ehrenplätze ein. Der Höhepunkt war dann die feierliche Übergabe der Fahne und der Treueschwur auf diese, der vor den Augen der anwesenden Frauen abgelegt wurde. Darin verpflichteten sich die Männer der Bürgerwehr, das Vaterland, die Nation und die Freiheit zu verteidigen und die Frauen zu beschützen. Hierbei wurde das Geschlechterverhältnis "von weiblicher Ehre und männlichem Schutz" festgeschrieben. Viele Frauen identifizierten sich bei diesen Feiern mit den nationalen Zielen der Revolution. Sie versuchten, sich – gemäß ihrer festgeschriebenen Rolle – politisch selbstständig einzubringen und unterstützten so den Willen zur Veränderung. Allerdings stabilisierten sie durch dieses Engagement auch das Geschlechterverhältnis, das Frauen aus dem öffentlich-politischen Raum ausschloss.

Orte des Schreibens: Zeitungen, Briefe, Erlebnisberichte

Die revolutionären Erhebungen der 1830er und vor allem der 1840er Jahre sind ohne die Entwicklung einer freieren Presselandschaft nicht denkbar. Und so steht neben der Forderung nach einer Verfassung, nach Vereins- und Versammlungsfreiheit vor allem die Idee der Pressefreiheit. Der Historiker Günter Wollstein geht von rund 1.700 Zeitungen aus, die die revolutionären Umbrüche begleiteten, kommentierten und befeuerten. Dabei waren diese Blätter sehr unterschiedlich, von sehr großen auflagenstarken Organen bis hin zu "improvisierten Blättern mit wenigen Erscheinungsnummern". Bei der Einschätzung darüber, wie einflussreich sie waren, muss bedacht werden, dass das Lesen vor allem in der Öffentlichkeit stattfand. Die Blätter zirkulierten in Lesegesellschaften, Lesehallen und auch in Kneipen; Maueransschläge wurden teilweise laut vorgelesen, sodass auch Analphabet:innen, die in der damaligen Bevölkerung geschätzt etwa 20 Prozent ausmachten, mit den neuen Inhalten vertraut waren.

Bei der Abbildung handelt es sich um ein lithografisches Porträt der jungen Louise Otto, die, ar

[In Lightbox öffnen](#)

In dieser Medienrevolution kam es sowohl zum Aufbruch von Frauen als Herausgeberinnen eigener Zeitungen als auch zu Debatten um die Frauenfrage in der allgemeinen Presse. Das bekannteste Beispiel einer solchen Debatte ist in den "Sächsischen Vaterlandsblättern"

nachzulesen. 1843 reagierte die damals bereits bekannte Louise Otto auf einen dort erschienenen Artikel des Demokraten und Publizisten Robert Blum, der in seinem Beitrag "Über die Theilnahme der weiblichen Welt am Staatsleben" nach der politischen Partizipation von Frauen fragte und sich von seinen Lesern und Leserinnen wünschte, darüber in der Zeitschrift zu debattieren. Neben Louise Otto, die sich für eine selbstverständliche Teilnahme von Frauen am Staatsleben aussprach und damit auch das Frauenwahlrecht meinte, antworteten noch andere Frauen und ein Mann, meist anonym, die sich ebenfalls für ein politisches Engagement von Frauen aussprachen. Daraus ist zu folgern, "daß Frauen die politische Aufbruchstimmung im Vormärz nutzten und sich in den öffentlichen Kommunikationsprozeß einmischten".

Noch deutlicher wird diese weibliche Einmischung, wenn man die vier eigenständigen Frauenzeitschriften dieser Zeit bedenkt. Diese waren die "Frauen-Zeitung" von Mathilde Franziska Anneke, die im September 1848 das erste Mal erschien und nur zwei Nummern umfasste; ferner "Der Freischärler", herausgegeben von Louise Aston, der es 1848 immerhin auf sechs Nummern brachte; die "Soziale Reform" von Louise Dittmar, die zwischen Januar und April 1849 erschien; und schließlich die "Frauen-Zeitung" von Louise Otto, die zwischen 1849 und 1852 erscheinen konnte. In Letzterer publizierten übrigens auch Männer. Louise Otto begründete dies damit, dass es nicht darum gehen könne, ein Blatt nur für Schriftstellerinnen aufzubauen. Vielmehr gelte es, Frauenrechte zu verteidigen, und dies könne tun, "wer es will und kann". Diese Briefpassage, die Otto vermutlich zu Beginn des Jahres 1848 an den Schriftsteller Julius Schanz schrieb, verdeutlicht sehr gut, dass für sie politische und gesellschaftliche Frauenrechte ein selbstverständlicher Teil der liberalen Forderungen der Vormärzzeit und der Revolution waren. Sie setzte zuversichtlich auf die Unterstützung von liberalen und fortschrittlichen Männern – eine Unterstützung, die jedoch nicht immer gewährt wurde.

Die Frauenzeitungen der 1840er und beginnenden 1850er Jahre wurden alle verboten. Bis auf die "Frauen-Zeitung" von Louise Otto konnten sie nur wenige Nummern lang erscheinen, bevor sie eingestellt werden mussten oder die Herausgeberinnen durch Ausweisung oder Flucht an der weiteren Veröffentlichung gehindert wurden. Trotzdem sind diese Publikationen wichtige Zeugnisse eines erwachenden weiblichen politischen Bewusstseins. Durch ihre Mitarbeit an diesen frühen Zeitschriften hatten Frauen "einen der wichtigsten Schritte auf dem Weg zu ihrer Selbstbestimmung" getan. "Sie schufen sich nicht nur durch die Forcierung ihrer Bildung und die damit verbundene Vereinsbewegung neue Handlungsräume, sondern ihre Freiheit begann bereits mit der aktiven Beteiligung an der 'Frauen-Zeitung'."

Bei der Radierung handelt es sich um ein Porträt der jungen Emma Herwegh mit Hut und Schleier.

[In Lightbox öffnen](#)

Eine besonders spannende Quelle sind die nachträglichen Berichte der Zeitgenoss:innen, die damit begannen, das Bild der Revolution zu prägen. Unter ihnen waren auch Frauen. Vor allem Emma Herwegh, Amalie Struve und Mathilde Franziska Anneke sind hier zu nennen. Wie viele der liberalen Männer auch, versuchten Frauen in diesen Werken ihr Engagement zu rechtfertigen. So geht es Emma Herwegh in ihrer Schrift vorzugsweise darum, die Entscheidungen ihres Mannes Georg, der Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Legion war und mit einer kleinen bewaffneten Gruppe im April 1848 den Heckerzug unterstützen wollte, zu erklären und den von konterrevolutionärer Seite "verfälschenden" Darstellungen entgegenzutreten: "daß es mir im Interesse der Wahrheit nicht unwichtig scheint, die Sache in ihrem rechten Lichte hinzustellen, so wies eben nur der vermag, der wie ich vom Anfang bis zum Schluß dem ganzen Unternehmen Schritt für Schritt mit Sympathie und thätiger Theilnahme gefolgt ist". Sie agiert hier "typisch" weiblich, stützt und stärkt ihren Mann, nimmt sich selbst zurück und stellt ihr eigenes Dabeisein beim bewaffneten Feldzug nicht in den Vordergrund. Die weibliche Charaktereigenschaft der Unterstützung des geliebten Mannes wurde auch in ihren Nachrufen präsentiert, etwa im "Neues Wiener Journal", in dem 1904 anlässlich ihres Todes eine Passage aus den Erinnerungen des Otto von Corvin zitiert wurde, der zusammen mit den Herweghs das Gefecht bei Dossenbach erlebt hatte. "Für sich fürchtete, für sich sorgte sie nie, nur für ihren Mann, den sie mit außerordentlicher

Zärtlichkeit liebte und auf dessen Talent und Ruf sie mit Recht stolz war."

Die Liebe zu einem Revolutionär war das zeitgenössische Argument, sich das politische Handeln von Frauen zu erklären. Es ist spannend zu sehen, dass dies sogar von der unerschrockenen Revolutionärin Emma Herwegh in ihren Erinnerungen selbst vorgebracht wurde. Mit dieser Diskursfigur "unterschätzte oder verkannte sie (...) die Bedeutung einer spezifisch weiblichen Interessenvertretung (...). [Sie] vertrat damit im Grunde eine Position, mit der sie zwar ihrem partnerschaftlichen Ideal von den Geschlechterbeziehungen verhaftet blieb (...), aber eine Verrechtlichung der weiblichen Gleichstellung offenbar nicht, jedenfalls nicht zu diesem Zeitpunkt, in Erwägung zog."

Mit dieser Literatur eng verbunden sind die teilweise publizierten Briefe, die die Achtundvierziger in einem ausgefeilten Netzwerk miteinander verband. Briefe waren "das geeignetste Kommunikationsmittel zwischen den versprengten Achtundvierzigern, zumal sie häufig nicht weiter an ihren Heimat- oder ursprünglichen politischen Wirkungsorten leben konnten, sondern inhaftiert waren, sich versteckten, innerhalb des Deutschen Bundes in liberalere Staaten ausgewichen waren oder in die Nachbarländer Schweiz, Frankreich oder Belgien emigriert und von dort meist weiter nach Großbritannien und in die USA vertrieben worden waren". Wenn man sich den hinterlassenen Briefen von Frauen zuwendet, die noch weit weniger erforscht sind als die der Männer, ist es interessant zu sehen, dass darin nicht zwischen "öffentlich" und "privat", zwischen Geschäftsbrief oder Privatbrief und auch nicht zwischen "öffentlicher Person" und "privater Person" unterschieden wird. Allerdings werden hier auch keine reinen Freundschaftsbriefe ausgetauscht. Vielmehr werden alle Bereiche miteinander verbunden und dezidiert politische Positionen verhandelt.

Exemplarisch kann dies an den Briefen der Frankfurterin Clotilde Koch-Gontard gezeigt werden, die 1969 herausgegeben wurden. In diesen Briefen beschrieb die Unternehmergattin und politische Saloniere ihr leidenschaftliches Engagement für die Paulskirche. Sie hatte den "Deidesheimer Kreis" kennen gelernt, in dem führende Vertreter des rheinisch-südwestdeutschen Liberalismus und der deutschen Einheitsbewegung zusammengeschlossen waren. Neben sehr dezidierten politischen Stellungnahmen, die sie als Besucherin der Paulskirche abgab, schilderte sie in diesen Briefen auch den Haushalt, den Gesundheitszustand von Familienangehörigen oder andere scheinbar "private" Angelegenheiten. Dass diese Passagen lange nicht als das erkannt wurden, was sie sind, nämlich der gesellschaftliche "Klebstoff", der die Beziehungen der Protagonist:innen zusammenhielt, zeigt die Tatsache, dass sie nicht wortgetreu in die Briefsammlung aufgenommen wurden, sondern zusammengefasst: "Familienverhältnisse Gagerns; Ausflug nach Eppstein; Besuch in Hornau; dankt für Pfirsiche und Trauben". Diese Auslassungen verkennen aber auch lebenspraktische Bezüge, die für jede Art von (politischer) Handlung zwingend notwendig sind, etwa die Frage nach Unterbringung und Verpflegung. Im Hause Koch-Gontard wohnte fast der gesamte Deidesheimer Kreis und wurde hier auch verpflegt. Damit wurde praktische Politik in Frankfurt für diese Männer möglich – durch eine Frau, die sich und ihre Familienressourcen in den Dienst der Revolution stellte. Dies tat sie aus Überzeugung als Demokratin, obwohl sie selbst immer wieder darüber reflektierte, dass es ihr eigentlich nicht zustehe, sich politisch zu engagieren. So schreibt sie am 22. März 1848 an Karl Mittermaier: "Jetzt weniger als jemals noch mag ich meine Stellung in dieser Beziehung begreifen, und es macht mir recht viel Mühe, die Küche als den Hauptschauplatz meiner Tatkraft anzusehen." Oder am 20. Juni 1848 an Josefine Buhl: "Ich habe es in den letzten Zeiten recht schmerzlich empfunden, nur eine Frau sein zu müssen, die das Zusehen hat, und doch mit

Gefühl und Tatkraft im Leben begabt ist."

Vorbereitung der organisierten Frauenbewegung

Nicht viele Frauen standen 1848 auf den Barrikaden, nahmen ein Gewehr in die Hand oder schwangen den Regenschirm. Nicht viele gaben Zeitungen heraus, schrieben Erinnerungen oder beteiligten sich am Briefnetzwerk der Achtundvierziger. Und auch nicht alle gründeten Vereine, sammelten Geld für die Hinterbliebenen oder stickten Fahnen für den Freiheitszug. Aber es gab sie, sie waren öffentlich wahrnehmbar, über sie wurde – bewundernd oder ablehnend – gesprochen, und sie zeigten deutlich auf, dass es viele Wege gab, sich politisch zu engagieren. Die Erfahrungen, die diese Frauen in der Revolution von 1848 machten, trugen reichlich Früchte. Denn in den 1860er Jahren gründete die ehemalige Revolutionärin Louise Otto-Peters in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Frauenverein und stieß damit die organisatorische Phase der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung an. Überspitzt gesagt: Das vielfältige weibliche Engagement in den 1840er Jahren hatte die Gründung der Frauenbewegung vorbereitet – der Kampf um die weibliche Seite der Demokratie ging in eine neue Runde.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> Morat, Daniel: Frauen in der Revolution 1848/49, in: DHM-Blog, online verfügbar seit 27.03.2024 unter: <https://www.dhm.de/blog/2024/03/27/frauen-in-der-revolution-von-1848-49/>, zuletzt geprüft am 07.12.2025.

-> Wolff, Kerstin: Frauen und die Revolution. 1848 als Frauenaufbruch, in: bpb.de, online verfügbar seit 10.02.2023 unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/1848-49-2023/518140/frauen-und-die-revolution/>, zuletzt geprüft am 02.02.2026.

->

Sekundärliteratur

->

->

->

Die Revolutionen in Europa

Inhaltsverzeichnis

1. Aufstände in Europa. 1848 Jahr der Hoffnung.

1. Aufstände in Europa. 1848 Jahr der Hoffnung.

Ein beispielloser politischer Sturm fegt ab Februar 1848 über Europa: Ausgehend von Paris, lehnen sich vielerorts auf dem Kontinent Menschen auf gegen das eiserne Bollwerk der Monarchien, begehren Freiheiten, Demokratie und nationale Selbstbestimmung. Die heftige Kaskade der Revolutionen lässt die alten Regime taumeln. Doch die schlagen brutal zurück



SIEGREICHE Aufständische versammeln sich Ende Februar 1848 vor dem Pariser Rathaus. Die Nachricht von ihrem Triumph über den französischen König verbreitet sich schnell – und inspiriert Rebellen allerorten

Eine trügerische Ruhe liegt in den ersten Tagen des Jahres 1848 über Europa. Fürsten und Könige gebieten über den Kontinent, vielerorts mit nahezu unumschränkter Macht. Gut drei Jahrzehnte zuvor haben sie die alte Herrschaftsordnung wiederhergestellt – nach dem Sieg über Napoleon, der mit seinen Eroberungen das politische Gefüge vom Atlantik bis zum Ural durcheinandergewirbelt hatte. Wer öffentliche Kritik wagt oder sich umstürzlerischer Bestrebungen verdächtig macht, dem drohen Gefängnisstrafen oder Verbannung. Und in den wenigen Ländern, in denen überhaupt ein Parlament existiert, ist nur eine kleine Elite wahlberechtigt.

Doch die Französische Revolution hat eine Idee verbreitet, die kaum mehr aus der Welt zu schaffen ist: Auf dem Willen des Volkes sollen Staaten gründen, nicht auf der Autorität von Fürsten. Immer stärker verstehen sich zudem Menschen mit gemeinsamer Sprache und Kultur als Angehörige einer Nation, der ein eigenes Land zusteht. Etwa die Deutschen, deren Heimat in zahlreiche Staaten zersplittert ist – oder die Ungarn und Tschechen, deren Gebiete seit Generationen dem Vielvölkerreich der Habsburger angehören. Zudem gibt es im Bürgertum viele Anhänger des Liberalismus, der die Freiheit des Individuums propagiert. Sie hoffen auf Verfassungen, die Rechte wie Meinungs- und Pressefreiheit garantieren sowie die Macht der Könige begrenzen. Radikale Republikaner träumen sogar von der völligen Abschaffung der Monarchie: Die Staatsgewalt soll in der Hand von Parlamenten liegen, die von Armen und Reichen gleichermaßen gewählt werden.

Die Industrielle Revolution hat überdies eine neue gesellschaftliche Klasse hervorgebracht, deren Unzufriedenheit ebenfalls wächst: die Arbeiter. Sie schuften viele Stunden täglich in Fabriken, hausen in den Elendsvierteln der Großstädte und müssen hungern, wenn sie ihre Anstellung verlieren. Immer wieder ist es zu vereinzelt Aufständen gekommen. Aber die Obrigkeiten haben sie blutig niedergeschlagen; die Lage scheint unter Kontrolle.

Doch schon bald wird ein Sturm über Europa hereinbrechen, der kaum einen Staat des Kontinents unberührt lässt. Franzosen und Deutsche, Italiener, Tschechen und andere werden aufbegehren gegen Tyrannei und Unterdrückung – und für eine bessere, freiere Zukunft. Sie werden Schlachten schlagen, Parlamente gründen und Monarchen vertreiben. Die Revolutionen der Jahre 1848 und 1849 lassen plötzlich greifbar erscheinen, was lange nur ein ferner Traum war – ein Europa demokratischer Staaten und freier Völker. Dies ist eine Chronik jener 17 Monate der Hoffnung und der Gewalt.

22. FEBRUAR 1848, PARIS: So harmlos beginnt dieser kalte, nasse Dienstag, dass die Wucht der Ereignisse alle Beteiligten überraschen wird. Um 9 Uhr versammeln sich rund 5000 Unzufriedene an mehreren Orten der Stadt zu Demonstrationen – Studenten, Arbeitslose, Handwerker, Frauen, auch Kinder. Nachdem sich die verschiedenen Züge vereinigt haben, versuchen die Protestierenden zum Parlament in der Nähe der Place de la Concorde zu ziehen.

Die unteren Schichten leiden besonders unter der Wirtschaftskrise, die gerade viele Länder Europas plagt. Frankreich hat zwar ein Parlament, doch es repräsentiert allein die Elite: Wahlberechtigt sind nur Männer, die pro Jahr mindestens 200 Francs direkte Steuern entrichten – nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung. Als Soldaten den Weg zum Parlament versperren, stemmen die Demonstranten Steine aus dem Pflaster und werfen sie auf die Uniformierten. Angehörige der Städtischen Garde drängen die Menschen zurück. Dabei fällt eine Frau zu Boden, prallt mit dem Kopf auf die Straße und stirbt.

ES GEHT UM FREIHEIT — UND UM EINHEIT

Nun entlädt sich die lange aufgestaute Wut auf den Staat. Immer mehr Pariser schließen sich den Demonstranten an, sie rauben Säbel, Degen und Gewehre aus Waffenläden. Zweieinhalb Tage lang erschüttern blutige Kämpfe die Stadt. Viele Nationalgardisten laufen zu den Aufständischen über oder weigern sich, gegen sie zu kämpfen. Näher und näher dringen die Rebellen zum Tuilerienpalast vor, und am Mittag des 24. Februar erscheint König Louis-Philippe die Lage aussichtslos. Er verfasst eine Abdankungserklärung und rasiert sich den Schnurrbart ab, um nicht erkannt zu werden. Dann flieht der Monarch nach England ins Exil.



IM MÄRZ 1848 liefern sich auch in Berlin Revolutionäre Straßenschlachten mit Soldaten.
Bis Preußens Monarch verspricht, sich für einen deutschen Nationalstaat einzusetzen

In den frühen Morgenstunden betritt Alphonse de Lamartine, ein führender Gegner der Monarchie, den Balkon des Pariser Rathauses. Unter dem Jubel der Menge verkündet er: Das Land sei von nun an eine Republik. Und mit der Geschwindigkeit von Eisenbahn und Telegrafen verbreitet sich die Nachricht von Frankreichs Revolution in Europa.

27. Februar, Mannheim: Gustav Struve zögert nicht, als er die Neuigkeiten erfährt. Sogleich organisiert der Anwalt und überzeugte Republikaner im Herzogtum Baden eine Versammlung, zu der rund 1000 Menschen kommen. Sie schreiben eine Petition, fordern darin Pressefreiheit und andere Rechte, Verfassungen für alle deutschen Staaten – und die Wahl eines gemeinsamen

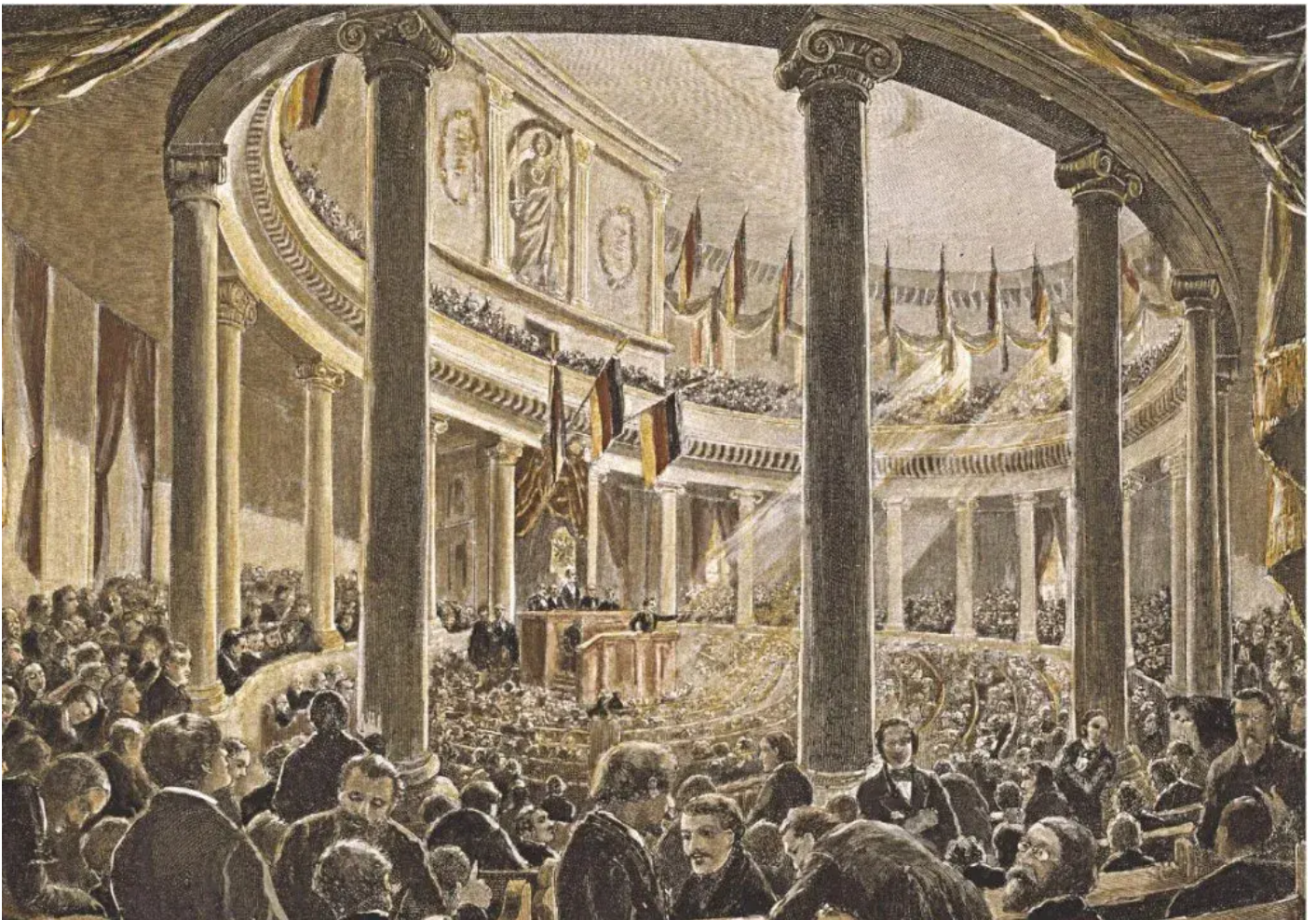
Parlaments für die gesamte Nation. Denn die verteilt sich zu dieser Zeit auf 38 eigenständige Fürstentümer und freie Städte, die zusammen den Deutschen Bund bilden, eine lockere Union ohne eigenes Staatsoberhaupt oder Regierung. Die Behörden können nicht verhindern, dass auch anderswo Aktivisten die Mannheimer Schrift nachdrucken und als Flugblatt verteilen: So verbreiten sich die „Märzforderungen“ in den deutschen Landen. Demonstrationen und lokale Aufstände brechen aus, unter anderem im Schwarzwald rebellieren Bauern gegen adelige Großgrundbesitzer.

Aus Furcht vor einem Umsturz geben etliche der kleineren Staaten nach: Die Herrscher von Württemberg, Baden und Nassau etwa lassen sich in den folgenden Tagen auf zahlreiche Forderungen der Demokraten ein, gewähren Pressefreiheit und setzen teils auch neue, liberalere Regierungen ein. Doch die großen Mächte Preußen und Österreich verweigern jegliche Zugeständnisse. *2. März, Brüssel:* Nach Aufständen von Arbeitern beschließt die belgische Regierung, das Wahlrecht und die Armenhilfe auszuweiten. So gelingt es ihr, den Unmut zu beschwichtigen. *13. März, Wien:* „Verfassung, Verfassung!“ rufen Tausende Demonstranten in der österreichischen Kapitale. Und: „Nieder mit Metternich!“

Niemand verkörpert das reaktionäre Herrschaftssystem so wie Klemens Fürst von Metternich. Nach dem Sieg über Napoleon wurde er 1814 auf dem Wiener Kongress zum Architekten jener Ordnung, die in Europa den Frieden sichern und die Macht der Fürsten garantieren sollte. Als Kanzler hat er Österreich zudem in einen Polizeistaat verwandelt.

BALD ENTZWEIEN SICH DIE REVOLUTIONÄRE

Doch wie in Paris schlagen nun auch hier die Proteste in Gewalt um: Demonstranten werfen Steine auf Soldaten, die für Ruhe sorgen sollen. Die Truppen eröffnen das Feuer, mindestens fünf Menschen sterben. Daraufhin errichten Arbeiter in der ganzen Stadt Barrikaden aus zweckentfremdeten Baumaterialien und Pflastersteinen, aus Kutschen, Möbelstücken und Fässern, reißen Gasleitungen aus dem Boden und zünden sie an. Ein Umsturz droht. Am Nachmittag stellen die Aufständischen ein Ultimatum: Bis um 21 Uhr soll Metternich entlassen werden. In der Wiener Hofburg treffen sich Metternich und die kaiserliche Familie zu einem Krisengespräch. Fast 40 Jahre lang war Metternich einer der einflussreichsten Staatsmänner Europas. Doch nun lässt ihn die Kaiserfamilie fallen, um sich selbst zu retten. Er muss zurücktreten. Zwei Tage später verspricht Kaiser Ferdinand I., die Pressezensur abzuschaffen, ein Parlament wählen zu lassen und eine Verfassung einzuführen – es wäre das Ende der absolutistischen Monarchie.



DAS ERSTE gesamtdeutsche Parlament kommt ab Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche zusammen, um eine liberale Verfassung zu erschaffen

DER STURZ METTERNICHS erschüttert das habsburgische Imperium, das neben Österreich unter anderem auch Ungarn, Böhmen, Mähren, einen Teil Schlesiens, Kroatien, Gebiete Polens und Italiens umfasst. Viele der dortigen Nationen sehen nun die Chance für mehr Unabhängigkeit gekommen – oder gar für eigene Staaten.

15. März, Prag: Ein von Tschechen dominierter Bürgerausschuss verlangt in einer Petition zunächst Pressefreiheit und weitere Reformen. Doch nachdem die Nachrichten aus Wien eingetroffen sind, erhebt das Gremium eine drastischere Forderung: ein eigenes Parlament für Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien – jene Region, in der viele Tschechen leben. So soll sie im Habsburgerreich mehr Autonomie erlangen. Auch in Budapest, Zagreb und Krakau marschieren in diesen Tagen Demonstranten vor Regierungsgebäuden auf, tragen ähnliche Forderungen vor – mancherorts kommt es zu gewaltsamen Aufständen.

18. März, Mailand: Eine Menschenmenge stürmt das Rathaus und nimmt den Statthalter der Habsburger als Geisel. Seit 1815 gehören große Teile Nordund Mittelitaliens zum österreichischen Imperium – der Rest der Apenninenhalbinsel ist zersplittert in mehrere Fürstentümer und Königreiche. Doch ähnlich wie die Deutschen träumen viele Italiener von einem vereinten Staat.

Binnen Stunden schlagen die 13 000 in der Stadt stationierten habsburgischen Soldaten zurück. Die Bürger bekämpfen sie mit Eisenstangen und erbeuteten Gewehren. Aus den Fenstern schütten

Frauen kochendes Wasser auf vorbeilaufende Truppen. Noch während die Gefechte in den Straßen andauern, setzen die Revolutionäre eine provisorische Regierung ein. Nach fünf Tagen zieht sich die Armee zurück. Und am 23. März gelingt es auch den Bewohnern Venedigs, die österreichische Besatzungsmacht zu vertreiben und eine Republik auszurufen. Das gewaltige Reich der Habsburger droht zu zerfallen.

18. MÄRZ, BERLIN: Sturmgeläut erschallt über den Dächern, Kanonendonner in den Straßen. Die Revolution erfasst nun auch die preußische Hauptstadt, die Metropole der Unzufriedenen, in der 30 000 Menschen von der Armenfürsorge leben und jede vierte Familie vom Hunger bedroht ist. In den Tagen zuvor hat das Militär Teilnehmer von Protestversammlungen und Passanten drangsaliert. Dann haben Kavalleristen auch noch gewaltsam den Schlossplatz geräumt, wo sich eine Menschenmenge eingefunden hatte. Doch nun schlägt die Bevölkerung zurück, vor allem Handwerker und Arbeiter, die von der Wirtschaftskrise am heftigsten betroffen sind und sich die Ziele des Bürgertums zu eigen gemacht haben – Freiheit, Demokratie, ein vereintes Deutschland. Mit geraubten Waffen kämpfen sie gegen die Armee. Nachts gießen die Kinder der Aufständischen ihren Eltern neue Kugeln.

Die Truppen werden der Lage nicht Herr, und am folgenden Vormittag beordert Preußens König Friedrich Wilhelm IV. sie zurück in die Kasernen. Die Leichen von knapp 300 Rebellen und 60 Soldaten liegen auf den Straßen, in denen Fahnen in den Farben der nationalen Freiheitsbewegung wehen: Schwarz, Rot und Gold. Der Herrscher weiß, dass vor allem der Armee der Zorn seiner Untertanen galt, nicht ihm. Am 21. März erklärt er sich vor versammeltem Volk demütig selbst zu einem Verfechter der deutschen Einheit: Auch er wolle „die innigste Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung“. Jubel bricht aus. Nach den meisten anderen deutschen Staaten zeigt sich nun auch Preußen zu Zugeständnissen bereit. Der Weg ist frei für die Wahl einer Nationalversammlung, des ersten gemeinsamen Parlaments für die gesamte Nation.

21. März, Kopenhagen: Nach Demonstrationen entlässt der König von Dänemark die konservative Regierung und weitet das Wahlrecht stark aus. Alle Männer über 30, denen „ihre eigenen Kleider und ihr eigener Tisch“ gehören, dürfen künftig mitbestimmen, wer im Parlament sitzt.

27. März, Sankt Petersburg: Zar Nikolaus I. verbietet die Veröffentlichung jeglicher Nachrichten über Revolutionen in anderen Staaten. Bereits einige Tage zuvor hat er die Westgrenze Russlands weitgehend schließen und von zusätzlichen Truppen bewachen lassen. Statt auf Zugeständnisse setzt der Monarch auf Härte – mit Erfolg: Das Zarenreich bleibt von Umstürzen verschont.

10. April, London: An Großbritannien geht das Feuer der Revolution ebenfalls vorüber. In der Hauptstadt demonstrieren zwar rund 200 000 Menschen für ein allgemeines Männerwahlrecht. Doch obwohl die Forderung nicht erfüllt wird, bleiben die Proteste friedlich. Seit einem Reformgesetz von 1832 gibt es hier anders als im Rest Europas ein Parlament, für das auch Teile der Mittelschicht stimmberechtigt sind.

18. Mai, Frankfurt: Rund 600 Abgeordnete drängen sich in der Paulskirche, angereist aus dem ganzen Land. Die Nationalversammlung tritt zusammen: das erste gesamtdeutsche Parlament der Geschichte. Vertreten sind darin vor allem liberale Intellektuelle, Adelige, Bürger, nicht die Arbeiter und Handwerker, die in den Straßen gekämpft haben. Sogleich machen sich die Abgeordneten

darán, eine Verfassung für ganz Deutschland auszuarbeiten.

12. Juni, Prag: Die Habsburger haben Zugeständnisse machen müssen – doch nun schlagen sie zurück. Der kaiserliche General Alfred von Windisch-Grätz lässt zusätzliche Truppen in den Straßen Prags patrouillieren. Eine bewusste Provokation: Wie erwartet demonstrieren wütende tschechische Nationalisten, die nach wie vor auf Autonomie hoffen, und es kommt zu gewaltsamen Ausschreitungen. Als die Tschechen in den Straßen Barrikaden errichten, befiehlt der General den Rückzug und ordert, die Stadt mit Artillerie zu bombardieren, bis die Aufständischen kapitulieren. Nach fünf Tagen ist Prag wieder in der Hand der Habsburger; viele Nationalisten werden verhaftet.

23. Juni, Paris: Es ist, als wiederholte sich die Geschichte. Wie im Februar sammeln sich Demonstranten in den Straßen: Nun begehren Arbeiter gegen die neue republikanische Regierung auf, die vom Besitzbürgertum dominiert ist und kaum Interesse zeigt, die Not der unteren Schichten zu beheben. „Die Revolution fängt aufs Neue an“, rufen die Wütenden. „Freiheit oder Tod!“ Doch die Regierung reagiert mit brutaler Härte, schickt ihnen die Nationalgarde mit Kanonen entgegen. Bis zu 5000 Aufrührer sterben im Kampf oder werden nach ihrer Gefangennahme ohne Prozess erschossen. Der Versuch, dem Sturz der Monarchie eine soziale Revolution folgen zu lassen, verblutet auf den Straßen von Paris.

AUCH ITALIENER TRÄUMEN VON DER GEEINTEN NATION

22. Juli, Wien: Erstmals tritt der österreichische Reichstag zusammen, gewählt von einem Großteil der Männer des Kaiserreichs. Zwei Tage später stellt der Abgeordnete Hans Kudlich, ein 24-jähriger Bauernsohn, den Antrag, die Leibeigenschaft sowie die Fronarbeit abzuschaffen, die Landleute den Grundherren unentgeltlich leisten müssen. Im September wird das Parlament zustimmen. Ähnliche Entlastungen für die Bauern beschließen in diesem Jahr auch die Regierungen oder Abgeordneten Häuser in einigen deutschen Staaten, Ungarn, Galizien und Dänemark.

7. August, Mailand: Der österreichische General Josef Graf Radetzky erobert die Stadt in der Po-Ebene zurück. Schlacht für Schlacht stellt er die kaiserliche Herrschaft in den italienischen Provinzen wieder her.



IN MAILAND feiern Rebellen – hier vor dem Dom – 1848 die Befreiung von der Habsburgermonarchie. Aber noch im selben Jahr kehren die Fremdherrscher zurück

AUCH ANDERSWO wird sich zeigen: Zwar sind den Revolutionären schnelle, überraschende Erfolge gelungen. Doch das Gewonnene zu verteidigen, erweist sich vielerorts als unmöglich. Denn die alten Eliten nutzen die eigene militärische Überlegenheit – und die Uneinigkeit ihrer Gegner.

17. September, Frankfurt: Die deutsche Revolutionsbewegung entzweit sich. Viele Nationalisten wenden sich gegen die eigene Nationalversammlung, der sie vorwerfen, das umkämpfte Schleswig an Dänemark preisgegeben zu haben. Der Konflikt um das Herzogtum im Norden ist so komplex, dass auch die meisten Abgeordneten ihn nicht völlig durchschauen. Wichtig ist seine Wirkung: Wütende Demonstranten geißeln die Parlamentarier als Verräter, versuchen die Paulskirche zu stürmen.

Am 18. September ermorden sie zwei liberal-konservative Abgeordnete in den Straßen Frankfurts. Preußische und österreichische Truppen folgen dem Hilferuf der Nationalversammlung – und schlagen den Aufstand nieder. Das Parlament ist zwar gerettet, aber diskreditiert: Die angebliche Stimme des Volkes braucht zum Schutz vor den Massen die Bajonette der Fürsten.

6. Oktober, Wien: Radikale Demokraten begehren gegen die gemäßigte Regierung auf, die die ungarische Unabhängigkeitsbewegung niederschlagen will. Als eine Menschenmenge den Kriegsminister lyncht, flüchten viele Politiker und die Kaiserfamilie aus Wien. Doch nur wenige Wochen bleibt die Stadt in der Hand der Revolutionäre: Bis zum 30. Oktober erobern 70 000 kaiserliche Soldaten die Kapitale zurück – und behandeln sie wie Feindesland. Die Truppen

plündern, vergewaltigen und morden. Der zurückgekehrte Kaiser setzt eine neue Regierung ein, geführt von Felix Fürst zu Schwarzenberg – einem Zögling Metternichs und überzeugten Gegner der Revolution. Bald darauf marschiert eine Armee von 52 000 Mann nach Ungarn. Die von General Windisch-Grätz geführten Truppen treffen zunächst auf wenig Widerstand und beziehen in Budapest ihr Winterquartier.

12. November, Berlin: Ermutigt von den Ereignissen in Wien, gibt nun auch der Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. seine Kompromisshaltung auf. Er lässt demokratische Vereine zerschlagen, löst wenige Wochen später das Parlament auf und erlässt eigenmächtig eine durch keine Volksvertretung legitimierte Verfassung. Sie sieht ein Dreiklassenwahlrecht vor, das den Stimmen der Reichsten am meisten Gewicht verleiht. Und erlaubt es dem Monarchen nicht nur, die Regierung einzusetzen und zu entlassen, sondern auch gegen jedes Gesetz sein Veto einzulegen.

15. November, Rom: Ein Mord erschüttert den Kirchenstaat, den Papst Pius IX. de facto als Monarch beherrscht. Auf offener Straße erstechen radikale Republikaner den Premierminister Pellegrino Rossi. Dann versuchen sie, den Palast des Pontifex zu stürmen. Als die Angreifer eine Kanone in Position rollen, lenkt der Heilige Vater ein und ernennt eine mit Demokraten besetzte Regierung. Wenige Tage später flieht Pius nach Süditalien. Im Dezember wählen die männlichen Römer – unabhängig von Stand oder Besitz – eine verfassungsgebende Versammlung: Sie soll Fundament für das Parlament eines künftigen vereinten Italien sein. Im Februar 1849 werden die Revolutionäre den Kirchenstaat zur „Römischen Republik“ erklären.

10. Dezember, Paris: Die Franzosen stimmen für einen neuen Präsidenten – Louis-Napoleon Bonaparte, den Neffen des ehemaligen Herrschers. Arbeiter votieren aus Protest für ihn, weil der republikanische Gegenkandidat als Kriegsminister für die blutige Niederschlagung der Juni-Aufstände verantwortlich war. Und die Landbevölkerung erhofft sich unter anderem Steuersenkungen und eine Rückkehr Frankreichs zu alter Größe. Sein Sieg ist eine fatale Niederlage für die Republik: Der Präsident beruft eine monarchistisch gesinnte Regierung, die politische Klubs und oppositionelle Vereinigungen verbietet. Zudem wird später das Stimmrecht reformiert, um bei Wahlen gezielt arme Arbeiter auszuschließen. So bricht Bonaparte die Macht der Massen, die ihm ins Amt verholfen haben – 1852 wird er sich sogar zum Kaiser krönen lassen.

DIE GEGENREVOLUTION WIRD IMMER MÄCHTIGER

7. März 1849, Wien: Ministerpräsident Felix Schwarzenberg löst das Parlament auf und diktiert eine neue Verfassung: Nahezu alle Macht soll beim Kaiser liegen, kein Volk im Reich der Habsburger einen eigenen Staat erhalten.

27. März, Frankfurt: Die Nationalversammlung verabschiedet die „Verfassung des Deutschen Reichs“. Sie garantiert Grundrechte wie Glaubens- und Pressefreiheit, „jeder unbescholtene Deutsche“ ab 25 Jahren soll bei Parlamentswahlen stimmberechtigt sein (allerdings nur Männer). An der Spitze des vereinten Landes soll ein Kaiser stehen – Friedrich Wilhelm IV., der bislang als König von Preußen über den größten Teilstaat herrscht. Doch im April lehnt der Monarch die Kaiserkrone ab. Sie sei wie ein „Hundehalsband, mit dem man mich an die Revolutionen ketten will“, sagt er zu Vertrauten – eine „Krone aus der Gosse.“



KAISERLICHE Truppen attackieren Wien – und beenden so, wie bald viele Fürsten, mit Gewalt das freiheitliche Intermezzo

MIT DER ABSAGE ist die Vision eines deutschen Nationalstaates gescheitert. Ohne das große Preußen wäre ein vereintes Land undenkbar. In den folgenden Wochen zerfällt die Nationalversammlung, viele Abgeordnete reisen ab aus Frankfurt. Der preußische König setzt sich nun an die Spitze der Gegenrevolution und lässt seine Truppen überall dort einmarschieren, wo noch Demokraten im Amt sind oder Widerstand leisten, im Rheinland etwa, in Sachsen und der Rheinpfalz.

12. April, Budapest: Der Revolutionsführer Lajos Kossuth verkündet Ungarns Unabhängigkeit von der Herrschaft der Habsburger. Deren Tyrannei zwingt die „bis zu Tode gehetzte ungarische Nation“ zu diesem Schritt. In den Wochen zuvor haben die Freiheitskämpfer den österreichischen Truppen schwere Niederlagen zugefügt. Allein im Westen des Landes können sich die Soldaten noch halten. Die Habsburger sehen nur noch einen Ausweg – und bitten Nikolaus I. um Waffenhilfe. Denn der Zar versteht sich als „Gendarm Europas“ und sein Reich als wichtigstes Bollwerk gegen die Revolution. Und so rücken im Juni 200 000 russische Soldaten von Osten gegen die ungarischen Rebellen vor – während österreichische Truppen von Westen in Richtung Budapest ziehen.

24. April, Civitavecchia: In der italienischen Hafenstadt gehen 6000 französische Soldaten an Land. Louis-Napoleon Bonaparte, Frankreichs Präsident, hat sie geschickt, um die Römische Republik zu vernichten und den gestürzten Papst wieder als Machthaber einzusetzen. So will er die katholischen Konservativen Frankreichs auf seiner Seite halten, auf deren Stimmen er angewiesen ist.

30. Juni, Rom: Kanonenkugeln schlagen in den Straßen der Ewigen Stadt ein, während die Verfassungsgebende Versammlung der Römischen Republik die neue Konstitution ratifiziert. Sie sieht ein demokratisches Regierungssystem sowie völlige Religionsfreiheit vor und verbietet sogar die Todesstrafe. Doch ihre Verabschiedung ist kaum mehr als ein symbolischer Akt. Fast einen Monat dauert die Belagerung durch die Franzosen schon, der Gegner ist überlegen, die Versorgungslage katastrophal. Die Revolutionäre sind am Ende. Noch am selben Tag sprechen sie die Kapitulation aus – und die Republik geht unter.

23. Juli, Rastatt: Seit Wochen schon hält in der badischen Stadt das letzte Aufgebot deutscher Revolutionäre den Truppen Preußens stand. Einige der rund 6000 radikalen Demokraten wollen kämpfen bis zum letzten Mann. Aber die meisten sind nun dafür, Rastatt vor der Zerstörung zu bewahren. Wohl auch in der Hoffnung auf Gnade ergeben sich die Aufständischen. Doch der preußische Oberbefehlshaber lässt sie zu Hunderten erschießen; viele andere kommen ins Gefängnis.

13. August, Világos: An zwei Fronten haben die Ungarn gekämpft, erbitterten Widerstand geleistet – doch die russisch-österreichische Übermacht ist zu groß. Der Revolutionsführer Lajos Kossuth hat sich bereits ins Ausland abgesetzt. Nun unterzeichnet der Befehlshaber der Rebellen in einem Dorf nahe der Stadt Arad eine Kapitulationserklärung. 13 Generäle und der zeitweilige Premierminister des freien Ungarn werden später von den Habsburgern hingerichtet. Die meisten sterben am Galgen – ein besonders schmachvoller Tod.

Mit dem Scheitern des ungarischen Aufstands sind die Revolutionäre nun überall geschlagen. Nach anderthalb Jahren herrscht wieder Ruhe auf dem Kontinent – eine blutig erzwungene Ruhe.

DER TRAUM von einem freieren Europa, dessen Verwirklichung so nah schien, ist im Pulverdampf verblasst. Zu groß waren die Unterschiede zwischen bürgerlichen Eliten und hungernden Arbeitern, zwischen Liberalen und Radikalen, als dass ein starkes Bündnis hätte entstehen können. Zudem lag die militärische Macht stets in den Händen der Fürsten.

Dennoch: Die gescheiterten Revolutionen wirken nach. Nahezu auf dem gesamten Kontinent sind Leibeigenschaft und Frondienste abgeschafft, die Reste des Feudalismus beseitigt. Preußen und weitere deutsche Staaten haben Verfassungen, die Presse- und Meinungsfreiheit garantieren (wenngleich diese Rechte in der Praxis teilweise noch eingeschränkt werden). Es wird Generationen dauern, doch mit der Zeit werden sich auch die meisten anderen Forderungen der „Achtundvierziger“ erfüllen. In Italien etwa verschmelzen 1861 die Fürstentümer zu einem Nationalstaat mit konstitutioneller Monarchie. In Preußen erkennt der eigentlich erzkonservative Fürst Otto von Bismarck, wie groß die Sehnsucht nach nationaler Einheit ist: Als Preußens Ministerpräsident wird er bis 1871 in mehreren Kriegen aus dem zersplitterten Deutschland ein Reich schmieden.

Schließlich wird das Imperium der Habsburger im Ersten Weltkrieg zerbrechen, was vielen Völkern die Unabhängigkeit bringt. Und nach und nach wird sich Europa in einen Kontinent der Demokratien verwandeln.

1848/49 haben die Fürsten noch einmal gesiegt. Aber klar wie niemals zuvor hat der Sturm der Revolutionen offenbart, dass sich ihre Zeit dem Ende neigt.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

->

->

->

Sekundärliteratur

-> Schrader, Hannes: Aufstände in Europa. 1848 Jahr der Hoffnung, in: Die Geschichte der Demokratie (GEO Epoche Jg. 2021, Heft Nr. 110), Hamburg 2021, S. 96-105.

->